

Vorwärts

Wählt Liste 2
Sozialdemokraten

SONNABEND
5. November 1932

BERLINER VOLKSBLATT



WERBE-
NUMMER

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Putsch statt Streik Berlin am Freitag

Im Laufe des Mittags meldete sich bei der BVG genügend Personal, um einen Teilverkehr eröffnen zu können.

Das Ausfahren von Straßenbahnwagen und Autobussen wurde von uniformierter SA- und Kommunisten in allen Stadtteilen mit schweren Unruhen beantwortet.

Bis gegen 5 Uhr 68 Wagen der BVG beschädigt. 17 Fahrer beziehungsweise Schaffner verletzt.

Gegen 1/8 Uhr Wiedereinstellung des Verkehrs. Wiederaufnahme Sonnabend unter verstärktem Polizeischutz geplant.

Die kommunistische Streikleitung hat den Beschluß gefaßt, „den Streik verschärfen“ zu wollen.

Schwere Unruhen in allen Stadtteilen in einer Unzahl von Fällen. Schwerste Zusammenstöße in Schöneberg und an der Uesdomstraße.

Gegen 9 Uhr abends bisher bekannt: 3 Tote, 8 ernstlich Verletzte.

Stärkstes Hervortreten uniformierter SA- und SS-Leute bei den Unruhen. An vielen Punkten gemeinsames Vorgehen uniformierter SA- mit den Kommunisten.

Überfülle auf Sozialdemokraten und Reichsbannertruppe, so in der Müllerstraße und in der Landsberger Straße, Sturm auf „Vorwärts“-Filiale Müllerstraße 34a.

Massenaufmarsch für die Freiheit!

Begeisterte Kundgebung von Zehntausenden für die Sozialdemokratie!

Wenn es heißt, für Sozialismus und für die Befreiung der Arbeiterklasse unter dem Freiheitszeichen der Sozialdemokratie demonstrieren, dann schreiet den Berliner Arbeiter und die Berliner Arbeiterin kein Verkehrsstreik! Dann erlebt man es, daß schon lange vor dem auf 20 Uhr angeetzten Beginn unserer letzten Berliner Wahlkundgebung vor dem 6. November der Sportpalast bis hinauf in den obersten Rang besetzt war, und daß dann um 20 Uhr die Männer und Frauen stehen mußten, um an der Kundgebung teilnehmen zu können.

Große Transparente mahnen, daß der Spieß der Barone wie Spreu verfliegen werde. Von 19 Uhr ab spielt das Reichsbannerorchester. Dann erfolgt der Fahnenparade, bei dem die Parteiveteranen, die Delegationen des Reichsbanners, unsere Frauen, unsere Jugend und unsere Sportler mit gleicher Begeisterung begrüßt werden. Unter stürmischen Beifall singen die Männerchöre Fichte-Georgia, Typographia und Berliner Sängerkor die „Hymne“ von Rohul und den „Sturm“ von Uthmann.

Franz Künstler

eröffnet die Kundgebung. Er sagt: In 48 Stunden ist eine Wahl beendet, die wohl die entscheidendste der Nachkriegszeit sein wird. Schon jetzt danke ich unseren wackeren Parteigenossen und -genossinnen. Am 9. August 1931 wollten Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam Carl Severing und Otto Braun stürzen.

Dieselben Bundesbrüder haben bei der BVG gestern einen Streik entfesselt.

nicht um eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten der BVG zu erreichen. Schrieb doch gestern die „Kote Fahne“: Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pf. die Stunde, aber die BVG-Arbeiter haben durch ihren Beschluß betannt, daß es um mehr geht als um das! Dieser Satz enthält die Absichten der Drahtzieher.

Nur politische Absichten im Hinblick auf die Reichstagswahl haben Goebbels und Ubrich zu gemeinsamem Vorgehen veranlaßt. Fast scheint

es, als ob man Papen in die Hände arbeiten will. Ist vielleicht Absicht der Drahtzieher, in letzter Stunde die Reichstagswahl zu vereiteln?

Nationalsozialisten und Kommunisten sind einzig in ihrer Aktion für die Reaktion gegen die Arbeiterkraft. Reichsbannerleute sind überfallen worden, und Kommunisten riefen den schlagenden Nationalsozialisten zu: Immer feste draußlos! (Stürmische Pfuirufe.) Aber die Berliner werktätige Bevölkerung wird mit sich nicht das Spiel gewissenloser Spekulanten treiben lassen.

Darum jetzt erst recht die letzten Stunden ausgenutzt zum Siege der Liste 2, zum Siege der Sozialdemokratie!

Unter lebhaftem Beifall nahm dann Genosse Arthur Crispian das Wort. Kommunistische und nationalsozialistische Störungsversuche wurden rasch durch Entfremung der Störenfriede unwirksam gemacht.

Arthur Crispian:

Unter Novemberstürmen brach 1918 das reaktionäre Preußen-Deutschland zusammen. Die Sozialdemokratie schuf die Republik als günstigsten Ausgangspunkt für den Sozialismus. Nun messen sich in diesem Jahre zum fünften Male die Kräfte der feudalen Konterrevolution mit denen der sozialen Revolution. Papen und Hitler wollen den Kapitalismus retten, Papen mit seinem sogenannten Wirtschaftsprogramm, mit der politischen und sozialen Entrechtung der breiten Massen, mit aggressiver Aufrüstungspolitik und mit Zoll- und Handelskriegen, Hitler mit seinem wütenden Sturm auf die margistische Eisenerne Front, die er „erschmettern“ will, um das Proletariat den kapitalistischen und reaktionären Kräften wehrlos auszuliefern. In Wahrheit verdankt Papen, der unabhängig von allen Parteien sein will, sein politisches Dasein dem Herrenklub der deutschnationalen Volkspartei und vor allem auch der Nationalsozialistischen Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Crispian beleuchtete dann die sogenannte nationale und christliche Grundlage der Papen-Regierung und sagte: Das sind Wege, die ins tiefere Elend führen, aber keine Wege des Aufstiegs. (Lebhafte Beifall.) Die Papen und Hitler zeigen keinen Weg aus Not und Bedrückung, sie werden

uns im Gegenteil eine böse Erbschaft hinterlassen. (Neue, anhaltende Zustimmung.) Hitler und Papen haben den Reichen Geld in die Taschen gesteckt, den Armen aber die Unterfütterung gekürzt. (Pfiurufe.) Wir müssen den entschlossensten Kampf gegen Hitler und Papen führen. (Brao!) Ein neuer Novembersturm wird und muß in Deutschland kommen. Kriegsgefahr und Unterdrückung müssen durch uns überwunden werden, nicht nur die Erringung politischer Freiheiten und sozialer Rechtsansprüche, sondern darüber hinaus die wirtschaftliche Befreiung, die allein erst die Erfüllung des Sozialismus bringen kann. Das ist unser Ziel, und deshalb wählen wir am 6. November sozialdemokratisch. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Auf das herzlichste begrüßt, ergriff dann

Toni Sender

das Wort: Dr. Goebbels erzählt uns davon, wie die Barone vor ein paar Monaten auf dem Rücken der Nationalsozialisten in die Amtlichkeit geklettert sind. Seitdem haben wir die „neue Art der Staatsführung“: das Volk wird von einer Wahl in die andere geholt, aber auf den Willen des Volkes wird geachtet! In Wahrheit ist diese „autoritäre“ Regierung von Interessentenhausen abhängig. (Sehr richtig!) Sie spricht von der notwendigen Anpassung an die Armut der Nation und droffelt deshalb die Bezüge der Rentner und Arbeitslosen, belastet den kleinen Mann mit neuen Steuern und gibt dafür mit offener Hand anderthalb Milliarden Steuererlöse an die Industrie, 200 Millionen Subventionen, 700 Millionen Lohnsubventionen und eine halbe Milliarde Zinsgutscheine an den Großgrundbesitz. Sie unterdrückt die freie Meinung, sie schließt den Rundfunk, das Hasentreuparteibuch ist beste Empfehlung, der Reichsstaatsrat scheint, das zeigt das Verhalten der Reichsregierung nach dem Urteil von Leipzig, erschüttert. (Lebhafte Zustimmung.) Man spricht von der Gleichberechtigung Deutschlands inmitten der Nationen. Wir alle wollen diese Gleichberechtigung, verlangen aber, daß man mit ihr gegenüber den eigenen Volksgenossen beginne. (Stürmischer Beifall.) Die Herrschaft hat die letzte Gelegenheit ergriffen, um sich vom Volkswillen unabhängig

SA überprüft KPD!

Die neue Taktik des Faschismus

Vorgestern war in Berlin Verkehrsstreik, gestern war SA-Putsch zur Verhinderung der Arbeitsaufnahme. Die SA hat die Führung übernommen, sie hat die KPD überprüft.

Der deutsche Faschismus will neue Wege wandeln. Seit aus seinem Geschäft mit den Baronen nichts geworden ist, ist er so „arbeiterfreundlich“ geworden, daß die Arbeiter, wenn sie auf ihn hineinfallen, jahrzehntelang daran denken werden!

Eine neue „proletarische Einheitsfront“ wird sichtbar. Braunjaden schmücken ihre Reihen. Adolf Hitler ist ihr Führer. Diese proletarische Einheitsfront bringt bestimmt nicht die „Diktatur des Proletariats“. Sie bringt höchstens die Diktatur der Bourgeoisie durch den Sieg des Faschismus.

Die KPD steht der nationalsozialistischen „Einheitsfront von unten“ völlig ratlos gegenüber. Sie marschiert einfach mit. Die Parole lautet bis auf weiteres: „A m a r t die Faschisten, wo ihr sie trefft!“

Der Bruderkampf ist geschlossen. Der gemeinsame Haß gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften und gegen den „Vorwärts“ feiert Orgien. Straßenredner schwärmen aus und predigen Wut und Gelfer gegen die SPD.

Warum gegen sie? Sibt sie in der DIRECTION der BVG? Nein! Kein einziger der jetzt amtierenden Direktoren ist Sozialdemokrat! Hat sie den Schiedspruch gefällt, ihn für verbindlich erklärt? Nein, kein einziger Sozialdemokrat hat damit etwas zu tun gehabt! Befehligt sie die Polizei? Nein, Polizeipräsident ist bekanntlich der Vertrauensmann Dr. Brauchs, Herr Melcher.

Was wief man der Sozialdemokratie vor? Daß sie die Löhne gesenkt hat? Aber das hat sie doch nicht getan! Umgekehrt wief ihr die deutschnationale Presse vor, daß sie früher die Löhne zu hoch getrieben hätte! Die Gewerkschaften haben alles getan, was sie konnten, um die Lohnminderung abzuwehren, es ist ihnen nicht ganz gelungen, weil die Gegenkräfte stärker waren. Nun hat die SA mit Unterstützung der KPD die Führung übernommen. Sie verhindert bis auf weiteres das Ausfahren der Wagen.

Aber ob es ihr gelingen wird, die Aufhebung des gefällten Schiedspruches zu erzwingen, das ist eine ganz andere Frage.

Man tut der SA bestimmt kein Unrecht, wenn man sagt, daß ihr der Schiedspruch vollkommen gleichgültig ist. Für sie und ihre Partei geht es um etwas ganz anderes, nämlich um den Machtkampf des Faschismus. In diesem Machtkampf des Faschismus ist der Kleinkrieg, den die SA mit der Polizei führt, ein taktischer Schachzug, weiter nichts.

Die KPD aber? Sie, die oft genug eine politische Hilfstruppe der Nazis gewesen ist, ist jetzt auf dem besten Wege, zu einer militärischen Hilfstruppe der SA herabzusinken.

Indessen redet im Rundfunk Herr von Papen. Er kündigt dem Bolschewismus Kampf bis aufs Messer an und sucht sehnsuchtsooll — wenn auch laut schimpfend — die Bruderkampf des Nationalsozialismus.

Arbeiter, hütet euch vor den „Arbeiterfreunden“ im braunen Hemd! Heute helfen sie euch streiken, morgen werden sie, wenn ihr ihnen folgt, eine Knechtschaft über euch bringen, die in der Geschichte ohne Beispiel ist!

Augen auf! Jetzt erst recht am morgigen Wahlsonntag alle Stimmen der Hüterin der Volksfreiheit: der Sozialdemokratischen Partei!

Welcher droht

Notfalls Anwendung der Schußwaffe

Gegenüber beunruhigenden Nachrichten teilte der Polizeipräsident mit, daß das Berliner Straßenschild durchaus ruhig (!) ist. Vereinzelt Sabotageakte, die gegen Straßenbahnwagen verübt worden sind, sind im Laufe des Spätnachmittags wieder abgeklaut. Für heute sind im Einvernehmen mit der BVG umfassende Schußmaßnahmen für die Arbeitswilligen getroffen, die darin bestehen werden, daß die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, notfalls durch Gebrauch der Schußwaffe, die Arbeitswilligen nachdrücklich schützen wird.

420 Festnahmen in 24 Stunden

Am Laufe des gestrigen Nachmittags wurden insgesamt 120 Personen wegen verschiedener Delikte festgenommen. Die Festgenommenen gehören fast ausnahmslos der kommunistischen und nationalsozialistischen Parteien an.

Die Zahl der von Donnerstag bis Freitagabend festgenommenen beträgt insgesamt 420. Ein großer Teil der Zwangsgestellten ist inzwischen nach der Vernehmung bei der Politischen Polizei wieder entlassen worden.

Drei Todesopfer

Acht Schwerverletzte

Die Namen der Toten des gestrigen Nachmittags bzw. der an den Folgen der erlittenen Verletzungen Gestorbenen sind:

- Emil Kepp, Schöneberg, Brunenwaldstraße, 25 Jahre (Klatschschuß);
- Liesbeth Schulze, Schöneberg, Gleditschstr. 19, 67 Jahre (Kopfschuß);
- Georg Horn, Berlin N., Bernauer Str. 37, 56 Jahre.

*

Die Namen der am Freitagnachmittag Verletzten sind:

- Irmo Eitner, Schöneberg, Merseburger Str. 4, 19 Jahre (Oberschenkeltschuß);
- Martha Boffow, Schöneberg, Merseburger Straße, 42 Jahre (Armdurchschuß);
- Martha Kiskan, Schöneberg, Hauptstr. 8 (Oberschenkeltschuß);
- Friedrich Birbaum, Schöneberg, Steinwegstr. 61, 59 Jahre (Armdurchschuß);
- Willi Haroth, Berlin N., Schönholzer Str. 3, 31 Jahre (Armschuß);
- Heinrich Kurzdine, Berlin N., Vorigingstr. 10, 30 Jahre (Unterschenkeltschuß);
- Mag Jorochowski, Berlin N., Ewinemünder Straße 74 (Unterschenkeltschuß).

Unwahre Behauptungen über Reichsanstler von Papen

zu machen. Sie stützt sich auf die Macht, auf Bazoneiten, aber wir sagen ihr, daß wir schon einmal mit Bazoneiten fertig geworden sind. (Neuer Beifallssturm.) Wenn sie das anderthalb Duzend Stellungsgelöser Monarchen wieder als einzige Anfortelung in den Betrieb einschalten will (Heiterkeit), dann legen die Arbeiter ihnen den stärksten Widerstand entgegen. Die Reaktion will eine Entziehung der Frauen. Aber wir Frauen werden uns zur Wehr zu setzen wissen (Anhaltende Zustimmung.) Wir rufen den Baronen zu: Ihr täuscht euch! und wir setzen ihrer Politik den Aufbaumillen aller Schaffenden entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Franz Künstler

begrüßte sodann mit herzlichsten Worten den Führer der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer-Wien. Er bringt uns unseren Gruß „Freiheit“ entgegen, wir willkommen ihn aus freudigem Herzen mit dem Gruß unserer österreichischen Genossen: „Freundschaft!“ Die Versammlung erhob sich, um in stürmischer Begeisterung in die Begrüßung einzustimmen. Dann nahm

Otto Bauer-Wien

das Wort: „Euer Kampf gegen die Barone und gegen den Faschismus Hillers ist ein Kampf, von dem die Zukunft der Arbeiterklasse in allen Ländern in höchstem Maße abhängt. Die Proletarier aller Länder verfolgen ihn deshalb mit leidenschaftlicher Spannung, wir deutschösterreichische aber, wir sind noch in ganz besonderem Maße, wir sind doppelt und dreifach interessiert. Am Tage unserer Revolution, am 12. November 1918, verkündeten wir den

Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland.

Uebermächtige Siegergewalt hat diesen Anschluß verhindert. Aber wir wissen: Euer Schicksal ist unser Schicksal! Jeder Sieg der Reaktion bei euch schlägt zu uns herüber. Wir haben auch unsere Papen, Schleicher und Hiller gehabt, Männer in kleinerem Format. Dies kleinere Format liegt aber nicht nur daran, daß wir ein kleineres Land sind, sondern daran vor allem, daß bei uns die Arbeiterklasse einig geblieben ist. (Stürmischer Beifall.)

Ihr dürft den 9. November 1918, wir dürfen den 12. November 1918 nicht vergessen. Damals erhob sich das Volk, und die Throne der Hohenzollern und Habsburger verschwanden in der Verfenkung Die Leute, denen man heute das Märchen vom Novemberverbrecher einredet, waren damals noch Kinder (Sehr richtig!) Was war denn damals in Wirklichkeit? Vierundvierzig Jahre Krieg lagen hinter uns, wir waren durch Uebermacht besetzt, die Läden wurden durch Krüppel, Greise und Kinder ausgefüllt, während von drüben, aus Amerika, eine Willen neuer Kämpfer kamen. Wir hatten keine Rohstoffe mehr, die auf der anderen Seite in Hülle und Fülle vorhanden waren, wir waren zusammengebrochen. Da erhob sich das Volk, um von denen Rechenschaft zu fordern, die noch 1917 Eroberungen verlangten und den U-Bootkrieg verführten und dadurch über Deutschland die furchtbarste Katastrophe seit dem Dreißigjährigen Kriege herbeigeführt hatten. (Sehr richtig!) Damals erhob sich das Volk, und die Schuldigen,

die jetzt wieder regieren wollen, verkrochen sich.

Wir nahmen als Erbschaft den verlorenen Krieg, das Chaos, den Hunger, die leeren Speicher und die Wehrlosigkeit. Damals überließ man uns Sozialdemokraten gern die Verantwortung, die Herren fühlten sich damals nicht so „durch Vorsetzung berufen“, wie sie es heute tun. (Heiterkeit und Beifall.) Es kam in diesem Zustand des Zusammenbruchs nur zu einer halben Revolution, und es kam auch nur zu einer halben Demokratie. (Sehr wahr!) Das ist nicht die Schuld einzelner. Nein, das zu behaupten, wäre eine dürftige, allem materialistischen Denken widersprechende Geschichtsauffassung.

Die Schuld an der Halbheit liegt an dem, was wir übernehmen mußten.

(Sehr richtig!) Wir standen in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland. Wir konnten die Demokratie in Staat, Ländern und Gemeinden schaffen, aber wir konnten sie nicht schaffen in den Betrieben! So setzte der Gegenstoß des Kapitalismus, der sich in der Inflation bereichert, der die Rationalisierung ausgenutzt und eine scheinbare Prosperität herbeigeführt hatte, zum Gegenstoß an. Dann kam freilich die Weltkriege, diese ungeheuerliche Blamose des Kapitalismus. (Sehr wahr!) Da kamen die Agenten des Kapitalismus im braunen und gelben Hemd und sagten: Dir, Arbeiter, Angestellter, Beamter, Bauer und Gewerbetreibender,

Der „Vorwärts“ erhält von der Reichspressestelle „auftragsgemäß“ die folgende Auflage: „nachrichtlich, gegen die nach der Pressenotverordnung in der gleichen Nummer nicht Stellung genommen, werden darf. Schriftgröße und Platz sind amtlich vorgeschrieben.“

Unter den Ueberschriften „Otto Wels über Papen“, „Aus der Vergangenheit eines deutschen Reichsanstlers“ bringt die Abendausgabe des „Vorwärts“ Nr. 522 vom 4. November Behauptungen über Reichsanstler von Papen aus einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Wels, die in den letzten Tagen verschiedentlich in der sozialdemokratischen Presse aufsauchten.

Nach diesen Behauptungen soll Reichsanstler von Papen als preußischer Landtagsabgeordneter aufgefördert worden sein, von der Tribüne des preußischen Parlaments für das Saargebiet einzutreten. Er habe die ihm angetragene Rede für das Saargebiet mit der Begründung abgelehnt, daß eine derartige Rede keine Verwandten im Saargebiet schädigen könne.

Diese Behauptung ist falsch. Reichsanstler von Papen hat die Rede über das Saargebiet, die in der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags vor Jahren erörtert wurde, lediglich aus verpolitischen Gründen abgelehnt, um der damaligen Regierungspolitik keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Wenn ferner Herr Wels nach der Wiedergabe des „Vorwärts“ behauptet, Reichsanstler von Papen habe vor dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags nicht alles gesagt, was er als Landtagsabgeordneter und Aufsichtsratsvorsitzender der „Germania“ protokoll über Zeitungsereignisse erfahren habe, so ist anzunehmen mit dieser Andeutung die in der sozialdemokratischen Presse erschienene Behauptung gemeint, Herr von Papen habe in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der „Germania“ Subventionen aus öffentlichen Mitteln beizugehen lassen. Auch diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen und ebenso wie andere falsche Annahmen gegen den Reichsanstler bereits am 3. November von der Reichsregierung ausdrücklich dementiert worden.

GA.-Dutsch in Schöneberg

Barrikaden in der Hauptstraße — Polizei schießt — Verbrüderung zwischen Nazis und Kozis

Die Berliner Straßen des Südens und Südwestens boten in den ersten Nachmittagsstunden ein außergewöhnlich bewegtes Bild. Die Ankündigung der G.A., daß von 3 Uhr nachmittags ab ein Teilverkehr für Straßenbahn und Autobusse ausgenommen wurde, hatten sich besonders in dem gestrigen Nuruhezentrum Schöneberg Nationalsozialisten und Kommunisten zunutze gemacht und sich zu Tausenden auf den Straßen angelagert. Auch am Halleischen Tor und in der Belle-Alliance-Straße wogte ein dichtes Gedränge, doch herrschte hier das von der Arbeit heimlehrende Publikum vor.

Das Bild änderte sich schlagartig in der Schöneberger Hauptstraße. Nationalsozialisten und Kommunisten hielten hier diese starke Verkehrsader in dichter Masse besetzt. Wiederholt versuchte die Polizei, zunächst ohne Zusammenstoße, die Hauptstraße zu säubern und die Menge in die Seitenstraßen abzurängen, jedoch bildeten sich immer wieder dichte Haufen, die auf das Erscheinen der ersten Wagen warteten. In der Hauptstraße, Ecke Eisenacher Straße, war vor dem Anrücken des starken Polizeiaufgebots im Handumdrehen

eine Barrikade in einer Länge von reichlich zehn Metern

aus Pflastersteinen, Balken, Pfählen und anderem Baumaterial entstanden, und die Schienen waren durch eingestauten Kies unfahrbar gemacht. Unter polizeilicher Absperrung wurde ein Lastzug des Berliner Tiefbauamts herangeholt, dessen Begleitmannschaft sich sofort unter dem Gejohle der Menge an das Freilegen der Straße heranmachte.

Während es bis 1/4 Uhr nur zu kleineren Plänkelleien und mehreren Verhaftungen von rabauulstigen Jugendlichen gekommen war, ereignete sich bei der Anfahrt der ersten Verkehrsfahrzeuge schwere Straßentumulte. Als der erste,

nach völlig leere, Straßenbahnwagen nahte, erhob sich ein ohrendetäubendes Pfeifen und Zehlen und nur mit Mühe konnte die aufgeregte Menge von der Polizei in Schach gehalten werden. Als nach wenigen Minuten die nächsten Verkehrsfahrzeuge an der von den Demonstranten besonders dicht besetzten Hauptstraße, Ecke Eisenacher Straße, vorbeikamen, zeigte es sich, daß hier

unter nationalsozialistischer Leitung systematisch Tumulte erzeugt

wurden. Als ein bereits halbbesetzter Wagen der Linie 40 diese Straßenecke kreuzte, wurde er von einigen Duzend nationalsozialistischer Radfahrer und einer mehrhundertköpfigen Menge unter dem Rufe „Streikbrecher“ und „Herunter mit den Bluthunden“ angegriffen. Die Schupoestelle auf dem Vorder- und Hinterron zog die Pistolen und gab zunächst mehrere Schreckschüsse, darauf

ein Duzend scharfe Schüsse

in die Menge ab, die schreiend auseinanderstob. Viele warfen sich bei den ersten Schüssen auf den Damm und den Bürgersteig lang hin. Da zu gleicher Zeit die Fahrbahn freigegeben war und zahlreiche Autos in schneller Fahrt herankamen, gab es wüste Panikszenen. In das Geschrei der aufgeregten Menge und das Knallen der Schüsse mischte sich der harte Laut kreischender Bremsen. Eine Frau wurde mit schwerem Oberschenkelsschuß in das nächstgelegene Krankenhaus geschafft und ein gleichfalls niedergeschossener Mann von mehreren Tumultuanten in einen Haussturz geschleppt.

In diesem Augenblick, als die Polizei, darunter auch die Besatzung eines heranrasenden Pkizers, nur auf den Schutz dieses angegriffenen Straßbahnwagens konzentriert war, kam auf der Gegenseite von der Rheinstraße her der erste gleichfalls schon halbbesetzte Autobus der Linie 5,

Als dieser Wagen sich in langsamer Fahrt näherte, kommandierte ein uniformierter SS-Mann, der innerhalb einer dichten Gruppe von Nationalsozialisten stand: „Achtung, Feuer!“

und ein dichter Steinhaapel, darunter eine Anzahl bieder Brocken, proffelte gegen den Autobus, dessen Scheiben in Trümmer glangen, während die Insassen sich zu Boden warfen oder zum Ausgang drängten.

In den gleichen Augenblicken erfolgte ein neuer, organisierter Ueberfall der Nationalsozialisten. Wieder unter dem Kommando uniformierter SS-Leute stürzte sich auf den Befehl: „Setz ran an die Kämpel!“ ein Rudel Nationalsozialisten auf den in der Hauptstraße noch haltenden Lastzug des Berliner Tiefbauamts und stürzte einen mit dem Material der abgeräumten Barrikade gefüllten Wagen unter den Zurufen der Menge um. Die Tat der „aufbauwilligen Kräfte“ des Herrn von Papen begeisterte die herumstehenden Kommunisten derart, daß

ein Wahlfondsjammer der SPD, einen nationalsozialistischen Böhlenjungen unterhalte und beide unter den Beifallsrufen der Umstehenden im Takt ihre Beifallsbüchsen schwingen mit dem Ruf: „Gebt für den Wahlfonds!“ . . .

Dieser Verbrüderungsakt zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten blieb nicht der einzige seiner Art. So erschien in dem SA-Local von Rothbart in der Urbanstraße 47 kurz vor 3 Uhr ein Mitglied der NSD und forderte die anwesenden 15 SA-Leute auf, gemeinsam nach dem Hermannplatz zu ziehen und „ein Ding zu drehen“.

Gestern noch „Braune Mordpest“ hüben und „Rotes Untermenschentum“ drüben! Heute in treuester Bundesgenossenschaft vereint! Welchem Klassenbewußten Arbeiter sollte da nicht die Schamröte ins Gesicht steigen!

geht es schlecht. Hat dich die Demokratie satt gemacht, hat dich die Sozialdemokratie geschädigt?

Wer Geschichte wirklich begriffen hat, weiß, wie töricht und albern dieser Vorwurf ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Loren sind es, die da sagen, es gebe nur eine Wahl zwischen der Demokratie und der Diktatur des Proletariats.

Nein, es gibt nur eine Wahl zwischen der Demokratie und der Diktatur der Barone oder des Faschismus. Ihr werdet die Macht der Demokratie nicht in einem Wahlkampf wiedererobern. Aber ihr werdet sie wiedererobern, wenn die Enttäuschung über die Mißerfolge der Reaktion da ist. (Stürmischer Beifall.)

Weder wird eine atomodische Reaktion die Wirtschaft ankurbeln, noch auch wird dies eine neuomodische Reaktion mit faschistischer Diktatur können. Die Generalsdiktaturen haben in Jugoslawien und Polen die Wirtschaftskrise nicht gebannt und in Italien hat das auch der Faschismus Mussolinis nicht vermocht. Die Krisis wurzelt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftssysteme. (Sehr richtig.) Nur eine Umwälzung dieser Ordnung kann die Genesung und Lösung bringen. (Stürmischer Beifall.) Es gibt keinen Thrasenfaschismus, sondern nur

ganzen Sozialismus. Es gibt keinen anderen Ausweg und darum vorwärts zum Kampf um die ganze Demokratie!

Die padenden Ausführungen Bauers ernteten Beifallsstürme, wie sie im Sportpalast selten erlebt wurden. Arbeitermännerschöre sangen unter Begleitung des Orchesters und der Spielleute vom Reichsbanner den Marsch der Eisernen Front. Kurt Kiewitter sprach hinreichend und mit herzlichem Beifall bedankt „Die drei Pfeile“ von Clara Henriques.

Franz Künstler hielt eine zündende Schlussansprache, dann ertönte die Internationale. Zum Fahnenausmarsch ward der österreichische Schutzbundmarsch gespielt, aus Tausenden von Rufen ertönte der Ruf der Zukunft und des Sozialismus, das Kampfwort der Eisernen Front: „Freiheit!“

Nazifiberfall auf Partellokal Vier Genossen verletzt

Gegen 1/2 Uhr nachts wurde das Verkehrslokal unserer 4. Abteilung in der Stralauer Straße 10 von 15 uniformierten Nazis überfallen. Die anwesenden Genossen setzten sich zur Wehr. Es gelang ihnen, die Nazis herauszudrängen. Vier Genossen wurden verletzt.

Das Ueberfallkommando fand keinen der Täter mehr vor. Die Nazis waren mit einem Auto vorgefahren, mit dem sie dann flüchteten.

KPD-Zeitungen verboten

Die kommunistischen Zeitungen „Volkswacht“ und „Volksecho“, die für Stettin und Brandenburg erscheinen, sind bis zum 13. November verboten worden.

Nächtliche Schießerei.

In der Weberstraße und am Strausberger Platz kam es am späten Abend zu einem Kugelwechsel

zwischen Demonstranten und Polizeibeamten. Ob dabei jemand verletzt worden ist, steht zur Stunde noch nicht fest. Es wird vermutet, daß einige Personen Verletzungen erlitten haben, von ihren Genossinnen aber in Sicherheit gebracht worden sind.

Ein neuer Konflikt

Bei der Gasbetriebsgesellschaft

Die im Laufe des heutigen Tages bei der Gasbetriebsgesellschaft in der Gitschiner Straße durchgeführte Krawallimmung über einen neuen Lohnvorstoß der Direktion hat eine Dreiviertelmehrheit für Ablehnung der geplanten Lohnregelung ergeben.

Die Direktion und die Gewerkschaften haben noch in der Nacht nach Bekanntwerden des Ergebnisses die Verhandlungen ausgenommen, um ein gütliches Abkommen zu erreichen.

Falls die Verhandlungen heute nacht zu keinem Ergebnis führen, sollen sie nicht abgebrochen, sondern morgen fortgesetzt werden. Vorläufig droht keine Streikgefahr, da noch nicht alle rechtlichen Wege erschöpft sind.

Erfolg der Volksbühne

Das Ergebnis einer Kaimen verlassenen Mutter, die sich tapfer zurechtfindet, gewinnt schnell und leicht alle Herzen. Heinz Hilpert gestaltet mit Käthe Dorsch, Rosa Valenti, Jakob Tiedike, Paul Verhoenen und Erhard Siebel das Weltenstück dieser „Fanny“ des Franzosen Marcel Pagnol: den letzten Atemzug des Menschlichen. R. Br.

Schafft Munition!

FÜR DEN WAHLKAMPF!

Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheck-Konto 14 157 (Adolf Holz), Berlin

Angestellte!

Wählt Liste 2 — SPD.
Von Rudolf Bartel

Auch die Einzelhandels-Angestellten sind in kaum zu überbietender Weise der kapitalistischen Willkür und Ausbeutung ausgesetzt. Sie haben daher ein erhebliches Interesse an einer Erweiterung ihres engen Lebensraumes. Der strahlende Glanz der Arbeitsstätten steht in schroffem Gegensatz zu dem trüben Dasein der Einzelhandelsangestellten. Die lächelnden Gesichter der Angestellten dürfen nicht täuschen, sie sind durch die Arbeitsordnung vorgeschrieben. Kundendienst! Die katastrophalen Wirkungen der Kaufkraftvernichtung, an der die Arbeitgeber des Einzelhandels noch immer hervorragend beteiligt sind, sollen durch völlig ungeeignete Maßnahmen wieder beseitigt werden. So glauben die Arbeitgeber allen Ernstes, durch eine Verlängerung der für die Angestellten sowieso schon außerordentlich ungünstig geregelten Arbeitszeit eine Erhöhung der Umsätze erzielen zu können. Dabei weiß heute jeder Lehrling, daß selbst bei ununterbrochener Offenhaltung der Läden nicht ein Pfennig neue Kaufkraft, sondern bestenfalls eine Erhöhung der Unkosten erreicht würde.

Eine andere weitverbreitete fixe Idee der Unternehmer ist der Versuch, die Erhöhung der Umsätze durch das Losungssystem zu erlangen. Die Arbeitgeber glauben nämlich, den gewünschten Umsatz dadurch zu erzielen, daß sie die Kaufkraftvernichtung einfach ignorieren und jedem einzelnen Angestellten vorschreiben, wieviel er im Monat verkaufen soll. Je nach der Warengattung soll er das 20- bis 40fache seines Gehaltes umsetzen. Erreicht er diese Lösung nicht, so ist er nicht tüchtig. Die Personalleitung verwahrt ihn und wenn das nichts nützt, darf er im Stempelkeller über den Segen des Losungssystems nachdenken. Tatsächlich ist dieser Versuch der Umsatzsteigerung ein vollkommen ungeeignetes und demoralisierendes Antreibemittel, das den Angestellten das letzte bißchen Berufs- und Arbeitsfreude nimmt. Der Angestellte wird praktisch aber auch gezwungen, in jedem Besucher den Menschen zu sehen, der ihn um sein Brot bringen kann, falls er ihm nichts verkauft. Wehe dem Angestellten, der eine Blüte macht — seine Tage bei der Firma sind gezählt.

In striktem Gegensatz zu den hohen Anforderungen an die Verkaufskunst der Angestellten steht die Gehaltspolitik der Einzelhandelsgewaltigen. Schon die allgemeine Tarifpolitik der Einzelhändler wird viel robuster geführt, wie die mancher anderen, als besonders reaktionär verschrienen Unternehmergruppen; aber die Einzelhändler scheuen sich auch nicht, die tariflichen Bestimmungen nach eigenem Ermessen zu ändern und unter Anwendung wirtschaftlichen Druckes, unter Verletzung von Treu und Glauben die Angestellten einzugruppieren und untertariflich zu bezahlen. Personalentlassungen riesigen Umfangs, erhebliche Kürzungen der von jeher besonders niedrigen Gehälter insbesondere der weiblichen Angestellten, menschenunwürdige Arbeitsmethoden und kaum glaubliche Schikanen sind die fortschrittlichen Methoden der ehrbaren Kaufleute. Selbst wenn der soziale Mantel, den sich die Einzelhändler sehr zu Unrecht immer gern umhängen, einen drachenvollen Zwickel erhält, so bleibt doch der üble Reaktionsär zu erkennen, der unter Benützung der zeitgemäßen Schlagworte nur an seinen Profit denkt. Auch sein lächerliches Argument lautet immer wieder: die Starrheit der Tarifverträge macht die Betriebe unrentabel.

Die Vorgänge bei zahlreichen sehr bekannten Berliner Firmen zeigen klipp und klar die Verbundenheit des Einzelhandels mit der kapitalistischen Front und ihrer Devise: Abwälzung des Risikos auf den Rücken der Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber des Einzelhandels denken nicht daran, sich in die auch

für sie allein richtige Front der Arbeitnehmer und Konsumenten einzureihen, eine vernünftige Sozial- und Personalpolitik zu treiben und an einem Umbau des zusammenbrechenden Wirtschaftssystems mitzuarbeiten. Um so mehr erwächst allen Angestellten des Einzelhandels die Pflicht, gemeinsam mit dem JdL und der Sozialdemokratischen Partei durch eine Bergesellschaftung der Betriebe aufbauende Zukunftsarbeit zu leisten. Wer wirklich ernsthaft für die Umgestaltung der versagenden Profitwirtschaft zur Planwirtschaft, für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen will, der gibt am 6. November seine Stimme der

Liste 2 Sozialdemokraten!

Wachsende Unruhen

Schwere Zusammenstöße im Reich

Wuppertal, 4. November.

Zwischen Rebellkolonnen der Nationalsozialisten und der Kommunisten kam es in der Nacht zum Freitag zu einer Schlägerei, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten etwa 15 Schüsse abgegeben wurden. Ein Arbeiter wurde durch einen Merenschuß schwer, ein anderer leicht verletzt. Zwei Nationalsozialisten wurden in Haft genommen. An einer anderen Stelle der Stadt wurde ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Gegnern, deren Parteugehörigkeit noch nicht festgestellt ist, kam es um dieselbe Zeit vor einem S.A.-Heim. Im Handgemenge wurden ein S.A.-Mann und ein angeblich Parteiloser niedergeschlagen und verletzt.

Remscheid, 4. November.

In der Nähe des Alexanderwerks wurden heute vormittag nationalsozialistische Flugblattverteiler von Kommunisten angegriffen. Fünf Beteiligte wurden vorläufig festgenommen und der Polizeiwache vorgeführt. Bereits gestern war es auf dem Rathausplatz zu Ansammlungen gekommen, an denen sich rund 300 Personen, meist Kommunisten, beteiligten, die zu demonstrieren versuchten. Zu Tätlichkeiten kam es nicht.

Skandal von Schweidnitz

Gerichtsverhandlung unter SA.-Terror

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Schweidnitz, 4. November.

Als Heines von seiner Truppe am Nachmittag wieder zum Gericht gebracht wurde, wiederholten sich die Skandalgeschehnisse. Auf dem Platz vor dem Gericht kam es zu einem Tumult, da sich die etwa 200 Nazis wiederum den Anweisungen der Polizei widersetzen. Die Polizei trieb sie schließlich unter Anwendung des Summknäpels nach dem Wilhelmplatz zu. Dabei wurden die Beamten in der unglaublichen Weise angepöbelt. Mehrere S.A.-Beute wurden flüchtig, u. a. wurde ein Nazi von zwei Beamten eingebracht, der den abgerissenen Schulterriemen noch schlagbereit in der Hand hielt.

Diese Skandalgeschehnisse sind nur möglich geworden, weil die Polizei die Demonstrationen bläher ignorierte. Man hatte den Eindruck, daß für die Nazis das Demonstrationsverbot nicht bestand. Wie diese offenkundige Verhöhnung der Staatsautorität geduldet werden konnte, ist unerklärlich.

Nach Beginn der Verhandlung stellte die Verteidigung eine Reihe von Beweisanträgen. Sie verlangte u. a. Vernehmung eines Sachverständigen darüber, ob der von Joehnte benutzte Sprengkörper im Sinne des Gesetzes als Sprengkörper oder als Feuerwerkskörper anzusehen ist (bei dem Sprengkörper handelte es sich um eine mit Blättchen gefüllte Artilleriearturfsche; der etwa 5 Millimeter starke Deckel liegt auf dem Gerichtstisch). Rechtsanwalt Bandmann tritt dieser rechtlichen Auffassung mit der Feststellung entgegen, daß Joehnte zerrissen worden sei, beweihe mehr als genug, daß er einen Sprengkörper verwendet habe. Das Gericht lehnt diesen Antrag ab mit der Begründung, es unterliege der Beurteilung

durch das Gericht, ob die Bombe Joehntes als Sprengkörper im Sinne des Gesetzes anzusehen sei.

Längere Erörterungen entspinnen sich um ein Protokoll, in dem der Angeklagte Polomski Heines schwer belästete. Heines soll bei der Unterredung mit Polomski im Braunen Haus in Breslau bebauert haben, daß der Anschlag mißglückt, daß ein S.A.-Mann und nicht der Richtige das Opfer wurde. Polomski erklärte diesen Widerspruch mit seiner Aussage in der Verhandlung zunächst dadurch, daß seine Vernehmung 10 Wochen nach der Begegnung mit Heines stattgefunden und er die Vorgänge nicht mehr genau im Gedächtnis gehabt und deshalb nur Vermutungen geäußert habe.

Es folgen Erörterungen über die Vorgänge, die zur Verweisung Wagners vom Gymnasium geführt haben. Diese Verweisung soll für Wagner den Grund für die Beteiligung an dem Attentat gebildet haben. Wagner sagt: „Die Juden und die Artikel Paeschkes, in denen ihm als Schüler verbotene Betätigung in der NSDAP. vorgeworfen wurde, hätten die Veranlassung gegeben.“ Paeschke erklärt, sein Vorgehen gegen Wagner hänge zusammen mit dem Verhalten der Schüler bei der Verfassungsfeier 1931. Er habe aber, als Wagner gemahregelt werden sollte, sich in einem Artikel dagegen gemeldet, daß die Schüler bestraft werden und die Auffassung vertreten, die Lehrer, die an der Verhöhnung der Schüler schuld seien, müßten bestraft werden.

Heines pöbelt hier dazwischen, der Nebenkläger bezeichne stets als Heize, was gegen seinen Schmutzsozialismus gesagt werde. Der Vorsitzende tritt dieser Pöbele energisch entgegen.

Papens große Geste



So hat auch schon 1914 der Anfang vom Ende begonnen.

Bomben auf Befehl

Allensteiner Bombenwerfer-Prozess

Allenstein, 4. November.

Am heutigen Verhandlungstag des Bombenwerferprozesses befaßte man sich in längeren Erörterungen mit der Frage, ob die Angeklagten auf Befehl gehandelt hätten. Der Zeuge Kriminalassistent Czerniechy bestritt, die Angeklagten bei der Vernehmung durch unrichtige Äußerungen zu einem Geständnis bewegen zu haben. Hierauf erklärte der Angeklagte Quastel sich zu einem umfassenden Geständnis bereit.

Doch bevor es dazu kommt, bittet der Angeklagte Bethke, zunächst ihm das Wort zu geben. Bethke sagt nun aus, er hätte von den Heberhällen und Unruhen in Allenstein gehört und auf seiner Dienstreise den Entschluß gefaßt, etwas gegen Abraham geschahen zu lassen.

Aus eigener Initiative habe er beschlossen, Abraham eine Handgranate in den Laden werfen zu lassen, um ihn zu schrecken. Er habe Weiß den strikten Befehl gegeben, dies auszuführen. Weiß habe sich zunächst geweidert, worauf er gesagt habe: „Dann lassen Sie es durch Leute Ihres Stammes machen, morgen werden zwei Handgranaten zu Ihnen kommen, die aber noch nicht gebrauchsfertig sind.“

Er, Bethke, sei dann am 14. August in München verhaftet worden, und auf der Fahrt von Berlin nach Königsberg habe er dem Kriminalassistenten Czerniechy ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er habe Weiß geschildert, wie er sich die Sache denke. Wahrscheinlich habe er Weiß die ganze Sache so hingestellt, als komme der Befehl von oben. Das sei in Wirklichkeit übertrieben, denn er habe von oben keinerlei Befehl erhalten.

Der Angeklagte Weiß stimmte allen diesen Angaben zu, und Bethke versicherte, er habe zunächst bei seinen Vernehmungen nicht in allen Punkten die Wahrheit gesagt, um seine Kameraden und sich selbst zu entlasten.

Der Brief Otto Brauns

Der vom Ministerpräsidenten Braun angefordigte Brief ist noch am Donnerstagabend im Büro des Reichspräsidenten eingegangen. Der Reichspräsident hat dem preußischen Ministerpräsidenten eine vorläufige Antwort erteilt, die die persönliche Unterschrift des Reichspräsidenten trägt, den Empfang des Briefes des Ministerpräsidenten bestätigt und hinzufügt, daß das Schreiben Brauns zur Prüfung an den Reichskanzler weiter geleitet worden sei. Der Wortlaut des Schreibens dürfte erst später veröffentlicht werden.

Für harten Bart und empfindliche Haut:

KALODERMA-RASIERSEIFE 60g

P. WOLFF & SOHN · KARLSRUHE

Glycerinhaltig:
Die Klinge
schabst nicht
— sie gleitet!

Warum wieder wählen?

Eine Frage in letzter Stunde — und unsere Antwort

Wählerinnen und Wähler, wann wollt ihr endlich alle begreifen, um was es geht! Ihr seid verdrossen, daß immerzu neu gewählt werden muß! Ihr seht mit Erbitterung, mit Verzweiflung, wie alles drüber und drunter geht, wie die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosenzahl wächst, Löhne und Unterstützungen sinken! Viele von euch wollen aber noch immer nicht einsehen, daß sie selber zu dieser unheiligen Entwicklung beigetragen haben durch die Unterstützung von Parteien, die das Volk ins Unglück führen!

Die Deutschnationalen sind heute die eigentliche Regierungspartei. Sie unterstützen offen die Regierung der Barone, den Kurs der sozialen Reaktion, des drohenden Wahlrechtsraubs und des Monarchismus. Ja sie spielen selbst dieser Regierung gegenüber noch den Scharfmacher, sie treiben zur inneren Katastrophe.

Die Nationalsozialisten waren bis vor wenigen Monaten mit den Deutschnationalen in der Harzburger Front verbündet. Auf ihrem breiten Rücken sind, nach dem Geständnis Dr. Josef Goebbels, die Barone in die Nemter hinaufgestiegen. Die Nazis mögen heute noch so laut zetern und toben: sie tragen die Verantwortung dafür, daß heute wieder die soziale Reaktion regiert.

Die Nazis nennen sich vor den Arbeitern Sozialisten. Den Arbeitgebern gegenüber sind sie begeisterte Anhänger der kapitalistischen Privatwirtschaft. Sie versprechen den Arbeitern Arbeit, den Landwirten aber versprechen sie eine Absperrungspolitik, die alle Ausfuhr und damit die noch bestehenden Arbeitsmöglichkeiten vernichtet. Den kleinen Geschäftsleuten versprechen sie Hilfe und arbeiten mit ihren „Autarkie“-Plänen an der völligen Zerstörung des Geschäftslebens. Den Arbeitern versprechen sie hohe Löhne und den Unternehmern billige Arbeitskräfte.

Muß ein Land, in dem für eine solche Partei des Volksbetrugs 14 Millionen Stimmen abgegeben wurden, nicht durch und durch krank sein?

Die Kommunisten wollen nach der feierlichen Erklärung ihrer Zentralinstanzen auch diesmal „den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ führen. Sie haben keine Zeit, gegen die Reaktion zu kämpfen, der Bruderstreit innerhalb des Proletariats ist ihnen wichtiger! Sie kämpfen gegen die Sozialdemokratie mit ähnlichen Argumenten wie die regierenden Barone und die Faschisten. Sie wollen, wie sie sagen, „die proletarische Einheitsfront“ — aber sie wollen sie nur auf die Weise, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter den häufig wechselnden Führern der KPD, blindlings unterordnen. Das aber werden die sozialdemokratischen Arbeiter niemals tun.

Wir fragen die Kommunisten: Wie lange

soll das Proletariat auf eure „Einheitsfront“ warten? Wir brauchen doch die Einheitsfront jetzt zum Kampf gegen die Reaktion!

Die Einheitsfront gegen die Reaktion, das ist die Eisenerne Front der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, des Reichsbanners, der Arbeitersportverbände. Wer gegen die Reaktion kämpfen will, muß sich der Eisernen Front anschließen.

Wir Sozialdemokraten sagen nicht, daß wir unfehlbar sind. Im Gegenteil, wir suchen immer unsere eigenen Fehler aufzuspüren, um aus ihnen zu lernen. Wir sind die einzige Partei der offenen Selbstkritik!

Wir Sozialdemokraten aber sagen: In dieser Zeit, in der die Barone die Demokratie mitsamt allen Volksrechten vernichten wollen, ist es ein Wahnsinn, Parteien zu wählen, die wie die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Nationalsozialisten, gleichfalls die Demokratie zerstören wollen. Eine Volksvertretung, in der diese Feinde der Demokratie die Mehrheit haben, kann nichts anderes sein als ein politisches Offenbretter, eine elende, ohnmächtige Schwabstube, ein Spielball in den Händen der Reaktion.

Wir Sozialdemokraten sagen nicht, daß wir unfehlbar sind. Aber wir sagen mit vollem Recht: Alles, was gut gemacht wurde, ist von uns und mit uns gemacht worden. Die Republik, das gleiche Recht für alle Volksgenossen, jede Art des Schutzes der Arbeitskraft ist von uns errungen und erkämpft. Und alles, was wieder verlorengegangen ist, ist verloren gegangen durch die kapitalistische Mißwirtschaft und durch den Wahnsinn der Wähler, die gegen die Sozialdemokratie und damit gegen sich selber wählen!

Wer deutschnational, nationalsozialistisch oder kommunistisch wählt, der wählt gegen Vernunft, Recht und Freiheit!

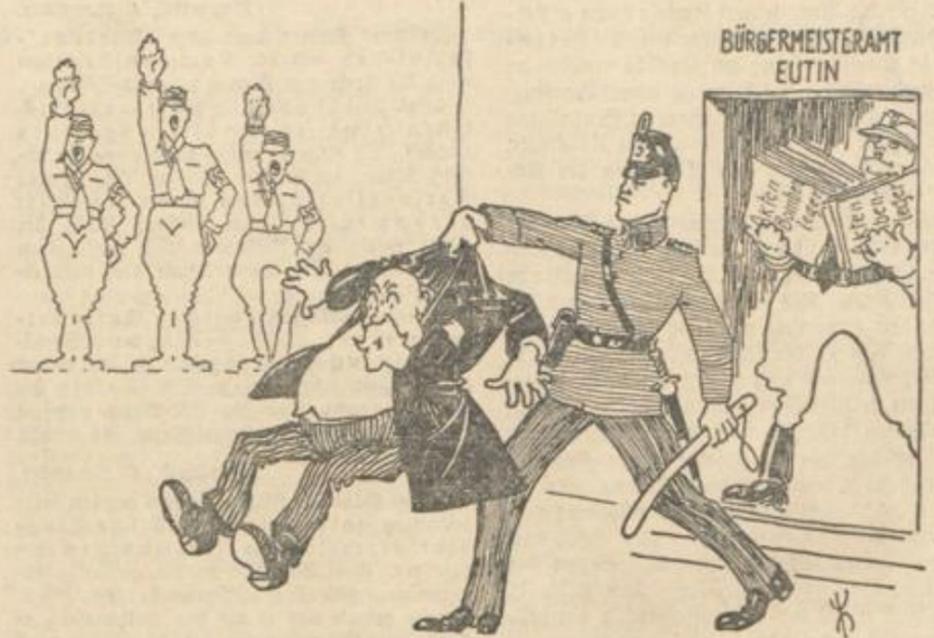
Wählerinnen und Wähler! Reißt euch los von Parteien, die nur brüllen und zerstören, aber nichts schaffen können. Kämpft mit uns gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Ge-

ellschaftsordnung, für den Sozialismus! Schleudert die regierende Reaktion ins Nichts zurück durch ein mutiges Bekenntnis zur Sozialdemokratie!

Kommt zu uns! Stimmt jetzt alle für Liste 2 Sozialdemokraten!

Die Exekution von Eutin

Der deutschnationale Bürgermeister von Eutin wurde von dem Nazi-Regierungspräsidenten gewaltsam aus dem Amt entfernt.



Der rausgeworfene Deutschnationale: „O weh, mir fallen all meine preußischen Sünden ein.“

Thomas Mann für Sozialismus

Bekenntnis vor den Wiener Arbeitern

In Wien sprach jüngst der deutsche Dichter Thomas Mann vor sozialdemokratischen Arbeitern. Er erklärte:

Es geschieht zum ersten Male, daß ich, der bürgerlich geborene Schriftsteller, vor einem sozialdemokratischen Arbeiterpublikum spreche. Ich empfinde das als epochenmachend für mein ganzes Leben. Meine Ausführungen sollen nichts anderes sein als ein

Bekenntnis der Sympathie für Ihre sozialistische Sache.

Mann erklärte dann weiter in seiner Rede: Der große Gegner des Sozialismus ist der Rationalismus. Er operiert mit dem Be-

griff Vaterland. Gemiß fesseln uns enge Bande an die Erde unseres Ursprungs. Aber diese Beziehung zum Rationalen hat nichts zu tun mit der großen, als Rückschlag auf die liberalen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts geistesgeschichtlich erklärbare Bewegung, die die Gewalt gegen die Freiheit und die Demokratie auspielt. Diese Bewegung ist der Dienst am Falschen und Lebenswidrigen. Sie ist eine abscheuliche Mischung von Revolution und Reaktion, roher romantischer Dienst am Vergangenen, der sich jugendlich gibt und Errungenschaften für nichtig erklärt, die mit der Tatsache Mensch unlösbar verbunden sind. Große Teile der Jugend sind stimmungsmäßig bereit, diese verantwortungslosen und menschenfeindlichen Gedanken anzunehmen. Aber ohne den sittlichen Inhalt des Wortes Freiheit ist der Mensch nicht Mensch.

Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Bedürfnissen und Forderungen zu verstecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Menscheninn geben wollen.

Der geistige Mensch muß sich sagen, daß es in den wichtigsten Staaten Europas besser stünde, wenn in ihnen statt der bürgerlichen oder feudalen Regierungen Arbeiterregierungen am Ruder wären, daß dann ein gutes Stück auf dem Wege der Ordnung, Vernunft und Gesundung vorgezeichnet werde.

Das erste Bekenntnis des großen deutschen Dichters zur Sozialdemokratie wurde von den Wiener Arbeitern, die in gewaltigen Massen zu seinem Vortrag gekommen waren, mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Bolschewistenschreck

Ein unzeitgemäßes Plakat der Nazis

Bei Goebbels hat die Regie nicht geklappt. Jetzt erscheint an den Anschlagäulen ein Naziplakat, das offenbar vor Wochen vorbereitet worden ist, aber in die heutige Situation paßt wie die Faust aufs Auge. Man sieht einen fürchterlich großen, barbarisch abstoßenden Notgardisten mit grinsender Totenopfergabe bildlich dargestellt, der nach der Beschriftung des Plakats etwa folgendes sagt: „Bravo, Herr von Papen, Sie geben mit Ihren Notverordnungen uns Bolschewisten die letzte Chance.“ Und darunter wird dann in großen Lettern beteuert: „Der einzige, der uns vor dem Bolschewismus rettet, ist Adolf Hitler.“

Den armen Nazispißern wird auch gar zu viel zugemutet. Gestern unterbreitete ihnen der „Angriff“ mit lyrischem Schwung, daß die Nazi-Krahenbäuer Schulter an Schulter mit der heldenhaften kommunistischen KPD, in den Streit getreten sind, gestern tobte man sich im Verbrüderungsrausch der beiden rrrrevolutionären Fronten aus, und heute wird wiederum teuherzig und hieder an den Anschlagäulen versichert, daß Adolf Hitler der einzige wahre Bekämpfer des Bolschewismus sei. „Schulter an Schulter mit der KPD, auf zum Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus!“ Wer lacht da?



„Nu sag mal, Maxe, wie is det nu: sind wir für oder gegen den Bolschewismus?“

Brot wird teurer!

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist vom Reichsstatthalter ermächtigt und in den Stand gesetzt worden, mit beträchtlich verstärkten Mitteln und über den laufenden Bedarf an Getreide hinaus Roggen für längere Zeit aus dem Markt zu nehmen und dadurch einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf angemessene Preishöhe zu schaffen.

Das Brot wird also teurer werden!

Antwort: Liste 2 Sozialdemokraten!

Bilanz des Herrenklubs

Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht... Papens Regierungserklärung

Die Regierung

gibt	nimmt
Dem Grundbesitz (landwirtschaftlich, hauptsächlich dem Großgrundbesitz) durch Zinssubvention ca. 380	Von den Arbeitslosen durch Kürzung der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung ca. 470
Der Schwerindustrie durch Senkung der Aufbringungsumlage ca. 100	Von den Rentenempfängern durch Kürzung der Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und bestimmter Kriegsrenten ca. 230
Herta und Pauline abgekauft für ca. 100	Von den Arbeitern, Angestellten und Beamten durch Erhebung der Beschäftigtensteuer an Stelle der Krisensteuer ca. 200
Den Reichsforstproduzenten durch Steuererlass ca. 17	Von den Kleingewerbetreibenden durch Heranziehung zur Umsatzsteuer ca. 120
Den landwirtschaftlichen Spritbrennereien durch den Beimischungszwang ca. 55	Von den breiten Massen durch Einführung der Salzsteuer ca. 60
Den Schiffahrtsgesellschaften an Abwrackprämien ca. 12	durch Erhöhung des Heringszolls ca. 30
Dem Hausbesitz durch Subvention, siehe Reparaturen ca. 50	ca. 110
Allen bestehenden Schichten durch Ausgabe der Steuergutscheine ca. 1500	Und weitere Hunderte von Millionen durch die Agrarpolitik und durch den notverordneten Lohnabbau.
Den Unternehmern an Subventionen durch Lohnprämien ca. 700	
Eufschuldung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ca. 300	
ca. 3214	

Fort mit den Wohltätern für die Reichen! Wählt sozialdemokratisch! Wählt die Liste

2

Blutige Zwischenfälle in Berlin

Bundesbrüderschaft zwischen Hitlers SA. und den Kommunisten

Die fortgesetzten Versuche der Direktion der BVG., einen Teilverkehr in Gang zu bringen, führten am gestrigen Nachmittag in fast allen Stadtteilen zu heftigen Zusammenstößen, da sich vor den Straßenbahndepots große Ansammlungen bildeten, und die herausfahrenden Wagen, die mit Polizeischutz versehen waren, nach Verlassen des Depots nach wenigen Straßenzügen mit Steinen beworfen wurden. Ueber die folgenschwersten Zusammenstöße, die sich in den wenigen Anruherden, im Berliner Westen ereignete, und dem leider mehrere Frauen und Mädchen zum Opfer fielen, wird an anderer Stelle berichtet.

Im Laufe des Nachmittags wurden zahlreiche Sabotageakte verübt, die sich in der Zeit von 16 bis 17 Uhr noch berart steigerten, daß sich die Direktion der BVG. entschloß, den

Straßenbahnbetrieb und den Autobusverkehr, der teilweise aufgenommen worden war, gegen 18 Uhr wieder völlig einzustellen.

An verschiedenen Stellen der Stadt, vornehmlich aber in der näheren Umgebung der Straßenbahn- und Autobusdepots, kam es zu Kravallen.

Ueber 20 Straßenbahnangestellte und einige Fahrgäste wurden durch Steinwürfe und Glasplitterverletzungen der zertrümmerten Fenster Scheiben zum Teil schwer verletzt.

Außer der schweren Schieberei an der Kreuzung Haupt- und Eisenacher Straße, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, kam es an der Ecke Vorberg- und Hauptstraße zu einem blutigen Zwischenfall der Polizei mit Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Polizeischneelauto, das die Hauptstraße in Schöneberg entlangfuhr, wurde von meist halbmächtigen Burschen mit Steinen beworfen. Als das Auto hielt und die Beamten heraussprangen, wurden aus der Menge einige Schüsse abgegeben. Die Schupo-Beamten erwiderten das Feuer und dabei wurden ein Mann und eine Frau niedergestreckt. Der Mann, dessen Verletzungen noch nicht feststehen, starb auf dem Transport ins nächste Krankenhaus. Als Polizeiverhärten eintreffen und zu Verhaftungen schritten, stellte sich heraus,

daß sich unter den Krakeelern nicht ein einziger BVG.-Arbeiter oder Angestellter befand.

Der ganze Zwischenfall war das Werk nationalsozialistischer und kommunistischer Provokateure. Bei der Schieberei in Schöneberg wurde ein Mann getötet und fünf Personen, darunter allein vier Mädchen und Frauen, verletzt.

Unruheherde im Norden

Eine zweite Schieberei spielte sich unweit des Autobusdepots in der Usedomstraße im Norden Berlins ab. Dort versuchte ein Passant einen gerade vom Depot ausfahrenden Autobus anzuhalten. Der junge Bursche stellte sich auf den Fahrdamm, um den Fahrer zum Halten zu zwingen. Mehrere Schupo-Beamte wollten den Mann festnehmen. In diesem Augenblick stürzten sich wieder Kommunisten und Hakenkreuzler im trauen Verein auf die Polizisten. In der Bedrängnis zogen die Beamten ihre Dienstpistolen und feuerten eine Reihe von Schüssen ab. Fünf Personen wurden durch Schüsse verletzt, einer davon ist inzwischen gestorben.

Zu einer weiteren Schieberei kam es vor dem Stettiner Bahnhof, wo aufrührerische Elemente einen Straßenbahnwagen an-

hielten und trotz der polizeilichen Begleitmannschaft zu demolieren versuchten. Von den Beamten wurden mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Demonstranten wurden niedergestreckt und durch Wagen des Städtischen Rettungsamtes fortgeschafft. Zu weiteren bedrohlichen Situationen kam es auch in anderen Stadtteilen, und in zahlreichen Fällen wurden Schreckschüsse abgegeben.

Der politische Charakter der Streikbewegung bei der BVG., die von einem großen Teil der unorganisierten Verkehrsarbeiter als eine reine Tarifbewegung angesehen wurde, hat sich gestern mit aller Deutlichkeit offenbart.

Seit Freitag nachmittag üben die Kommunisten und Nationalsozialisten einen wohlorganisierten Terror auf die Verkehrsarbeiter aus,

dem die Polizei sich gestern nicht gewachsen zeigte. Vor den Straßenbahnhöfen und Omnibusdepots versammelten sich in den ersten Stunden des Nachmittags oftmals Hunderte und Tausende von Menschen, darunter viele SA- und SS-Leute in Uniform, die fast überall das Ausfahren der Straßenbahnwagen und Omnibusse unmöglich machten. Am stärksten belagert wurden die Straßenbahnhöfe 24 in Lichtenberg, Bahnhof 1 in Reinickendorf, Bahnhof 2 in der Müllerstraße, Bahnhof 5 in Tempelhof, Bahnhof 11 in Steglitz und Bahnhof 6 in Tegel.

Auf den Straßenbahnhöfen

Auf den Straßenbahnhöfen hatte sich in den frühen Nachmittagsstunden ein großer Teil der Straßenbahnangestellten eingefunden, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Depots waren in weitem Umkreis durch Polizeiposten gesichert. Trotzdem konnten kommunistische und nationalsozialistische Kräfte an verschiedenen Stellen ihre „Aktionen“ durchführen.

Auf dem großen Straßenbahnhof in der Müllerstraße standen bereits um 14 Uhr Hunderte von Fahrern und Schaffnern, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Sobald aber ein Wagen den Versuch machte, den Hof zu verlassen, erlitt er auf der Straße ein wüstes Geschimpfe und Steine sowie Eisenteile wurden gegen die Bahnen geschleudert. Die noch weiter im Streik verharrenden BVG.-Angestellten hielten sich in einiger Entfernung von den Kradaumachern; sie beteiligten sich an den Verhörungen- und Sabotageakten nicht. Schon hier draußen im Norden Berlins hatte man den Eindruck, daß nicht mehr die BVG.-Angestellten streikten, sondern daß Hakenkreuzler und Kommunisten die nun einmal gegebene Gelegenheit zu ihren Terrorakten mißbrauchten. Wiederholt wurde die Müllerstraße von der Polizei geräumt.

In der Wiebestraße in Moabit standen um 15 Uhr gleichfalls Hunderte von Fahrern und Schaffnern zur Arbeitswiederaufnahme bereit. Unmittelbar vor dem Straßenbahnhof war so gut wie kein Mensch zu sehen, die Terrortruppen hielten mehr die Bürgersteige der oberen Turmstraße besetzt.

In der Nähe des Straßenbahnhöfes Kreuzberg änderte sich das Bild wieder. Kommunisten und Nationalsozialisten hatten sich in größerer Zahl eingefunden, und als einige Bahnen das Depot verlassen und die Belle-Alliance-Straße erreicht hatten, setzte ein Steinhagel auf die Bahnen ein. Dabei wurden nicht nur das Fahrpersonal, sondern auch Fahrgäste verletzt. Von einem Polizeipatrouillenwagen mußten mehrere Schreckschüsse abgefeuert werden, um den Wagen überhaupt erst die Rückfahrt in

das Depot zu ermöglichen. Mehrere Burschen versuchten den Polizeiwagen umzukippen, das mißlang jedoch, und einige Haupttäbelsführer konnten gefaßt werden.

Ähnlich sah es in der Umgebung der übrigen Straßenbahnhöfe und der Autobusdepots aus.

Es geht gegen SPD. und Eiserne Front

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Reichsbannerleute und Mitglieder der Eisernen Front waren, soweit sie an ihren Abzeichen kenntlich waren, vielfach Gegenstand von Beschimpfungen und Anpöbelungen. In der Landsberger Straße kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerkameraden. Dabei wurde ein Reichsbannerkamerad verletzt und ein Nationalsozialist schwer verletzt. Eingreifende Polizei nahm zwei Siftierungen vor. Als sich am Nachmittag in der Müllerstraße unsere Genossen in der Nähe des Straßenbahnhofs versammelten, um zum Sportpalast zu gehen, stürzten aus den umliegenden Lokalen Hunderte von Nationalsozialisten und Kommunisten und schlugen auf unsere Genossen ein, die sich zur Wehr setzten. Einer unserer

Freie Sozialistische Hochschule

Für den heute abend, 19 1/2 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15, stattfindenden Vortrag des Genossen Otto Bauer über „Krise des Kapitalismus“ sind Eintrittskarten nicht mehr zu haben.

Genossen wurde schwer verletzt. Auf die „Vormärts“-Filiale Müllerstraße 34a erfolgte am Nachmittag ein organisierter Ueberfall, wobei die Fenster Scheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Als die Polizei eintraf, flüchteten die Täter und entkamen.

Auch mehrere Lokale, in denen die Gewerkschaftsfunktionäre den Verbandsmitgliedern über die am Vormittag im Gewerkschaftshaus abgehaltene Funktionärskonferenz Bericht erstatten wollten, wurden von Nazis und Kommunisten belagert, die die Versammelten am Verlassen der Lokale hinderten. Den Eingeschlossenen war es nur mit Hilfe herbeigerufener Polizei möglich, sich aus ihrer Lage wieder zu befreien und entweder die Bahnhöfe aufzusuchen oder nach Hause zu gehen.

Klub der Harmlosen

Die getarnte Reaktion

In einem westlichen Berliner Vorort haben sich seit einiger Zeit 25 Vereine der verschiedensten Art zu einer Rationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengetan. Damit die Öffentlichkeit einmal erfährt, was für eine Gesellschaft sich unter dem angeblich so unpolitischen Stichwort „national“ zusammengefunden hat, seien die Vereine namentlich aufgeführt:

1. Deutscher Offiziersbund, 2. Kriegerverein, 3. Verein ehemaliger Kameraden der Kavallerie, 4. Verein der Jäger und Schützen, 5. Verein Schwarzer Kragen, 6. Stahlhelm, 7. Reichsoffiziersbund, 8. Schühengilde, 9. Verein der Schießfreunde, 10. Turn- und Sportverein, 11. Sportverein, 12. Sportverein 1911, 13. Männergesangsverein 1873, 14. Freiwillige Sanitäts-

- kolonne vom Roten Kreuz, 15. Verein der Zivildienstberechtigten, 16. Verein evangelischer Männer und Jünglinge, 17. Bläserchor von 1916, 18. Haus- und Grundbesitzerverein, 19. Theaterverein, 20. Radfahrverein „Hohenzollern“, 21. Verein der heimattreuen Ost- und Westpreußen, 22. Jugendgruppe des Kriegervereins, 23. Bismarck-Jugendbund, 24. Königin-Luise-Bund, 25. Stahlhelm-Frauenbund.

Die angeblich politisch neutralen bürgerlichen Sportvereine, allen voran der Radfahrverein „Hohenzollern“, das auf seine politische Neutralität so sehr pochte die Rote Kreuz, der ganz und gar „unpolitische“ Haus- und Grundbesitzerverein, der angeblich harmlose Theaterverein, alle in einer Einheitsfront mit den einseitig rechtspolitischen Offiziersvereinen und Stahlhelmsgruppen und den die militärischen, kasernenhöflichen und hohenzollernischen Traditionen hochhaltenden Militärvereinen! Wenn Ehrlichkeit zu den ausgeprägten Charaktereigenschaften dieser politischen Heimlichkeit gehörte, dann würden sie sagen: Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft, und jeder wüßte, was los ist.

Raffenbotin überfallen

Räuber mit Beute entkommen

Ein beispiellos dreister Ueberfall wurde gestern nachmittag an der Ecke der Friedrich- und Kronenstraße auf die 20 Jahre alte Kontoristin Ella Maire verübt, die für ihre Firma, die Rahmenfabrik von Joachim in der Ritterstraße 80, 440 M. vom Postfachamt geholt hatte.

Die Kontoristin hatte das Postfachamt verlassen, um wo sie 440 M. abgeholt hatte. Auf dem Rückweg zu ihrem Geschäft passierte sie die Ecke der Friedrich- und Kronenstraße. Plötzlich kam ein Motorrad heran, auf dem zwei Männer saßen. Der eine stieg ab und eilte auf das junge Mädchen zu. Ehe sie es sich verfab, hatte ihr der Mann, der etwa Ausgang der Zwanzig war, ihre Aktentasche entrisen und rannte zu dem Motorrad zurück. Das Mädchen schrie um Hilfe und das Ueberfallkommando wurde alarmiert. Mit dem Polizeiwagen verfolgten die Beamten die Täter durch einige Straßen, konnten sie aber nicht mehr einholen; sie entkamen im Gewühl der City. Die überfallene Kontoristin konnte infolge des ausgefallenen Schreckens keine Beschreibung des Täters geben.

„Trockener“ Wahltag

Sammeln vor Wahllokale verboten

Zu den polizeilichen Maßnahmen für den Wahltag erfahren wir noch, daß das Sammeln vor den Wahllokale verboten wird. Außerdem darf vor den Stimmlokale von jeder Partei nicht mehr als ein Plakatträger stehen. Am 5. und 6. November tritt das für ganz Preußen erlassene Verbot des Ausschanks und Kleinverkaufs von Trinkbranntwein in Kraft. Die erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Schupo-Beamtenschaft am Sonnabend um 2 Uhr nachmittags ein und am Sonntag tritt dann die große Alarmstufe in Kraft, deren Ende erst je nach der Lage festgestellt werden soll.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Bewölkungszunahme, am Tage mild, südliche Winde. — In Deutschland: Im Westen und Nordwesten erneut Wetterverschlechterung mit Niederschlägen, im Süden und Osten noch trocken und vielfach heiter.



Wo man Kenner trifft, sieht man „Saba“

Es gibt viele Cigaretten zu 3 1/3 Pfg.; aber es gibt keine bessere als „Saba ohne“.
Das hat der Berliner schon längst erkannt.



Das Leben im Warenhaus

Zwischen Morgen und Abend im Verkaufspalast — Der Sechser als Taschengeld

Unter den Stimmberechtigten Berlins werden am Sonntag auch etwa 15000 Warenhausverkäuferinnen aufmarschieren. 15000 immer freundliche, immer höfliche, immer adrette Mädchen. Diese 15000 kleinen Fräuleins und jungen Frauen besitzen ein fast übermenschliches Geduldstraining: über eine Stunde lang versuchen sie einer Kundin einen Hut oder einen Schuh oder eine Gardine zu verkaufen, aber niemals wird ihr „Bitte sehr, gnädige Frau!“ auch nur eine Nuance anders klingen als beim ersten Gruß. Diese 15000 Warenhausverkäuferinnen werden jedem Kunden, wenn er es wünscht, mit selbstverständlicher Sicherheit Brillanten verkaufen und niemand wird ihnen auch nur das geringste anmerken, daß sie nur noch 15 Pf. in der Tasche haben und die fünfte Fahrt ihrer BVG-Karte bereits gelocht ist. Erst abends nach 7 Uhr, wenn sie ihre Kisten ausgezogen haben, werden sie wieder privat.

Die letzte Stütze

Da wir gerade bei den Fahrarten sind: es reicht bei vielen nicht mehr für die 90-Pf.-Karte. Weil tausende Warenhausverkäuferinnen die letzte Stütze der väterlichen oder mütterlichen Haushaltung sind, weil tausende Warenhausverkäuferinnen buchstäblich jeden Pfennig zu Hause abgeben müssen, deshalb müssen sie morgens wie abends, auch wenn die BVG nicht streikt, zu Fuß gehen.

Wir könnten jetzt eine endlose Aufzählung beginnen:

Verkäuferin Nr. 1, 23 Jahre alt, 104,50 M. brutto im Monat. Sechs Personen zu Hause, alle arbeitslos. Jeder Pfennig muß abgegeben werden. Trotzdem kein Hauszinssteuererlaß, keine Hefte und Bücher für den schulpflichtigen Bruder.

Verkäuferin Nr. 2, 21 Jahre alt, 92 M. brutto im Monat. Vier Personen zu Hause. Jeder Pfennig muß abgegeben werden. Die Familie ist in einer Erwerbslosenküche, pro Liter Essen für 10 Pf., die kleine Verkäuferin muß hier mitleiden.

Verkäuferin Nr. 3, 19 Jahre alt, 89 M. brutto im Monat. Drei Personen zu Hause, alle arbeitslos. Ultimo wird die Lohnkarte auf den Tisch gelegt. Auch hier kein Hauszinssteuererlaß.

So könnte man endlos die Liste fortsetzen: jeder Fall der gleiche. Wir fragten nun die jungen Verkäuferinnen: „Sagen Sie bitte, wieviel Taschengeld behalten Sie pro Monat, wenn Sie schon auf die Karte verzichten?“ Antwort: 1,50 M. Das heißt pro Tag einen Sechser. Dafür könnten sich die Verkäuferinnen nicht einmal eine Stange Honignaute kaufen! Das heißt, es gibt heute einen Durchschnittslohn für diese Angestellten von rund 100 M.; gleich, ob Verkäuferin im Warenhaus, ob Telefonistin bei der Post oder ob Ruymacherin in der Fabrik, es sind immer zwanzig Mark in der Woche. Wir fragten, wie oft sie in der Woche Fleisch essen. Sie wollten erst gar nicht antworten, wurden vertegen, dann kam es schließlich heraus: „Sa, Sonntags und dann noch mal in der Woche, ein Stückchen, wenn es Gemüse gibt.“

Zur Quasi aber wird derjenigen das Leben, die kein Elternhaus in Berlin hat. 92 M. brutto, das sind etwa 85 M. netto, davon die Zimmermiete mit 35 M. ab, bleiben 50 M. Vom Mittagbrot bis zur Stopfwanne oder muß dieser Rühlschinken reichen. Dabei immer freundlich, immer höflich, immer adrett.

Der Kampf um die Losung

Jede Verkäuferin hat ihre Losung. Ein von der Geschäftsleitung festgelegter monatlicher Betrag, den die Verkäuferin umsetzen muß. Oder besser gesagt umsetzen soll. Auf alle über die Losung hinausgehenden Verkäufe gibt es eine Prämie von 1 Proz. Das ist gut gesagt, aber selten erreicht. Wegen der Losung steht die Krise, und jeden morgen mit dem Glöckerschlag 9 Uhr beginnen in Berlin 15000 kleine Warenhausverkäuferinnen jede für sich ihren Kampf mit der Krise. Es braucht ihnen das vielleicht nicht einmal ausdrücklich gesagt zu werden: „Fräulein, Sie lassen in letzter Zeit sehr nach!“, jede Verkäuferin weiß selbst, daß draußen 20000 erwerbslose Kolleginnen stehen, die vielleicht zu jeder Stunde

bereit sind, nun ihrerseits um die Losung zu kämpfen.

Wir wollen deutsch reden: jeden Abend meinen so und so viel Verkäuferinnen, aus Wut, vor Kerger. „Denken Sie mal an, eine Stunde habe ich mit der Kundschaft schon gestanden, was ihnen gefiel, war zu teuer, was billig war, gefiel ihnen im Muster nicht, aber ich hätte bestimmt keine Pleite gemacht.“

„Was heißt Pleite machen?“
„Einen Kunden weggehen lassen. Etwas Schlimmeres gibt es nicht. Also die Kundschaft hätte sich schon dreiviertel entschieden, da kommt doch die alte B., hängt sich dazwischen und dann hatte sie die 40 M. auf ihrem Block. 40 M. sind doch heute schon ein Posten, der rechnet.“ So kämpfen heute Verkäuferinnen gegeneinander um die Losung. Ihre Tüchtigkeit steht abends beim Wäuten unabwischbar auf ihrem Kassenblock geschrieben. Wegen dieser Losung meinen sie am Abend.

Dagegen verblaßt alles andere, der Umtausch, die Proben. „Wie kann ich einem Kunden 10 Zentimeter Probe geben von einem Stoff, der pro Meter 7,50 M. kostet. Den muß ich doch berechnen. Gebe ich der Kundschaft einen Zentimeter, sehen sie mich groß an und fragen empört, was sie mit dem Zipfel sollen.“

Das Rendezvous

Was machen nun eigentlich die Verkäuferinnen abends nach 7 Uhr? Keulich, in einer Versammlung wollte eine Verkäuferin noch zwei Kolleginnen von ihrem Lager mitbringen. Sie kamen aber nicht. „Worum nicht?“ — „Sie hatten Rendez-

vous.“ Haben alle Verkäuferinnen jeden Abend ein Rendezvous? Nein! Dazu haben weder die Verkäuferinnen noch ihre arbeitslosen Freunde Geld. In Wirklichkeit haben alle Verkäuferinnen abends erst einmal einen Wardschunger. Wenn wir recht unterrichtet sind, haben sie mittags wohl zwei Stunden Tischzeit. Sie könnten nach Hause fahren, wenn sie nahe genug zum Warenhaus wohnen. Aber da sind wir schon wieder beim Fahren: wenn die Verkäuferinnen nicht einmal zwei Fahrten am Tage bezahlen können, wie dann erst vier? In der Kantine essen, hat für viele keinen Sinn, denn zu Hause gibt es ohnedies Essen aus dem großen Topf. Ein tiefer Teller Rohrrüben mehr oder weniger aus diesem Topf spielt keine überragende Rolle. Sie müssen also tagsüber mit ihren Stullen aushalten und so sind sie abends so hungrig, daß sie kaum in eine Versammlung gehen. Wer außerdem freitags in der Lebensmittelabteilung bedient hat, fühlt natürlich abends seine Beine. Um 10 Uhr schläft alles.

„Und wenn Sie nun nicht schlafengehen und kein Rendezvous haben?“ — „Dann gehe ich in meinen Sportklub.“ Denn der Sport ist billig, im Verein ist es lustig, da sind junge Sportkollegen, und so kommt es abends darauf an: geht das kleine Fräulein zur Freien Turnerschaft Groß-Berlin oder zum Sportklub Charlottenburg. Orientiert sie sich sozialistisch oder bürgerlich. Und als wir dann abschließend fragten: „Nun, wo sind Sie?“, da antwortete sie: „Nur FIVB. kommt in Frage!“ — „Und Sonntag?“ —

„Über nur Liste!“

Der strenge und der gütige Richter

Zwei lehrreiche Prozesse

Es gibt Richter, deren Grundzug Güte ist, die aber Strenge nicht ausschließt, wo sie am Plage ist. Es gibt aber auch Richter, die sich die Güte abringen müssen. Zwei Verhandlungen in verschiedenen Gerichtssälen an ein und demselben Tage: Vortreffliche Illustrationen zu dem Problem Richter — und Richter.

*

Vor dem Schöffengericht Schöneberg stand jener treude Bursche, der an Gitta Alpar, Gerda Maurus, Eilian Harvey, Dajos Bela, an den Bankier Fürstenberg und andere Erpressungsbriefe schrieb: „Ich befinde mich in großer Arbeitslosigkeit, bitte mir — je nachdem 3000, 5000 bis 10000 Mark — zu leihen; schwöre, auf Heller und Pfennig zurückzahlen. Wenn Sie das Geld nicht geben, so werde ich vor nichts zurückschrecken, sogar nicht vor Tötung.“ Eilian Harvey und Gerda Maurus drohte er: „Sie werden noch aus der Chemie wissen, wie schädlich Salpetersäure ist. Sie können sich die Karriere verderben, Ihr Augenlicht verlieren. Fritz Meier — zu adressieren an Postamt I.“ Ein Telefonanruf bei Gerda Maurus wurde dem Briefschreiber zum Verderb. Sie lud ihn zu sich und ein vorher verständiger Kriminalbeamter nahm ihn mit. Es war der 21jährige Arbeitslose B. Er legte ein Geständnis ab und wurde entlassen. Nach Hause mochte er nicht gehen; sein Spartassenbuch mit 17 M. hatte er bei sich. So kaufte er sich ein Grammophon, eine Flasche Kognal und 40 Tabletten eines Schlafmittels, verbrachte die Nacht in einem Hotel und schrieb Abschiedsbriefe an seine Eltern. Am nächsten Tage fuhr er nach dem Scharmühlfsee, zog sein Grammophon auf, trank den Kognal aus, nahm die 40 Schlaftabletten und — wachte nach mehreren Stunden wieder auf.

Der Richter saßte ihn scharf an, sehr scharf; wird ironisch, mochte sich über den jungen Menschen ganz und unmißgerweise lustig. Der Vater kann über den Jungen nur Gutes sagen; er habe wohl die Not zuhause nicht mit ansehen können. Der Sachverständige bricht für den infantilen Burschen

eine Lanze, wird aber vom Vorsitzenden mehrmals unterbrochen. Der Staatsanwalt legt sich verständnisvoll für den Jungen ein und bittet um die milde Strafe von zwei Monaten Gefängnis und um Bewährungsfrist. Das Gericht beriet dreiviertel Stunden. So schmer wird dem Richter wohl die Güte. Das Urteil lautete schließlich auf einen Monat Gefängnis und Bewährungsfrist.

Vor dem Landgericht hat sich ein 21jähriger Bursche wegen versuchter räuberischer Erpressung an der eigenen Mutter und wegen Freiheitsberaubung zu verantworten. Er ist arbeitslos, hatte seine Unterstüfung vertrunken — er trank in der letzten Zeit öfter — war nach Hause gekommen und hatte von der Mutter 5 Mark verlangt, sie dabei mit dem Messer bedroht und sie eine halbe Stunde lang im Zimmer eingesperrt. In ihrer Empörung erstattete die Mutter gegen ihren Sohn Anzeige.

Zu Beginn der Verhandlung machte der Vorsitzende die einzige Zeugin, die Mutter des Angeklagten, darauf aufmerksam, daß sie nach der Strafprozessordnung nicht verpflichtet sei, ihren Sohn durch ihre Angaben zu belasten, sondern daß sie ihre Aussage verweigern könne. Die Mutter verweigerte daraufhin ihre Aussage und erklärte, daß sie die Anzeige gegen ihren Sohn nur in der ersten Aufregung erstattet habe. Nunmehr machte der Vorsitzende auch den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er dem Gericht keine Angaben zu machen brauche. Auf diese Belehrung hin verweigerte auch der Angeklagte jede Angabe über seine Tat. Der Staatsanwalt beantragt nun Freispruch, da der Nachweis einer strafbaren Handlung nicht möglich sei. Das Gericht spricht den angeklagten Sohn auch tatsächlich frei. Durch die Aussageverweigerung von Mutter und Sohn sei es nicht möglich gewesen, ein schuldhaftes Verhalten des Angeklagten zu erweisen.

Der Vorsitzende zum angeklagten Sohn: Jetzt gehen Sie nach Hause und tun so was wie wieder! Diese Richter brauchen nicht erst die Güte in sich zu ertämpfen.

In wenig Worten

Aus noch unbekannter Ursache brach im Flughafen der Mittelmeerlandischen Fluggesellschaft am Lido von Venedig ein Feuer aus, das fünf einmotorige Junkers-Apparate völlig vernichtete.

Der „buddhistische“ Mönch Chao Kung (Treibisch-Lincoln) wurde nach Beendigung eines Vortrages in Köln verhaftet, weil er ein Darlehen von 216 Gulden, das er im Jahre 1919 von der Gattin eines höheren Beamten im diplomatischen Dienst im Haag erhielt, nur zum Teil zurückgezahlt hat.

Der Kommandant des französischen U-Boots „Prométhée“, das am 7. Juli mit 62 Mann an Bord gefunken ist, wurde am Freitag vom Kriegsgericht in Cherbourg von der Anklage der Fahrlässigkeit freigesprochen. Der Regierungskommissar erklärte in seinem Plädoyer, daß dem Kommandanten keine Verfehlung vorgeworfen werden könne.

Die Junkerswerke Dessau haben soeben ein neues leistungsfähiges Schnellflugzeug fertiggestellt, das für vier Fahrgäste und zwei Führer gebaut ist. Die Reisegeschwindigkeit reicht an 300 Stundenkilometer heran.

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name:

Wohnung:

BEITRITTSERKLÄRUNG

An den

Bezirksverband Berlin der SPD

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

SEKRETARIAT: BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands • Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich:

Eintrittsgeld..... 50 Pf.

Wochenbeiträge männl. & 20 Pf. weibl. & 10 Pf. „

Summa..... Pf.

....., den..... 1932

Vor- und Zuname:

geboren am..... zu.....

Staatsangehörigkeit:

Beruf:

Bei welcher Gewerkschaft?

Wohnung:

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postcheckkonto: Berlin Nr. 14 157. Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.



FORTSCHRITT!
Neue Opel Regent Modelle — ein neuer Maßstab für Fahrkomfort! Elegante Form, stromartige Linienführung, geschmackvolle Innenausstattung. Sehr viel Raum. Anerkannt große Leistungsfähigkeit — äußerste Wirtschaftlichkeit.

OPEL REGENT
1.2 LTR. 4 ZYL. 1.8 LTR. 6 ZYL.
Normalmodelle von RM 1890 an, Regent Modelle von RM 2800 an.
ab Werk. Bequeme Zahlungsbeding. durch die Allgem. Finanz.-Ges.
ADAM OPEL A.-G. RUSSELSHEIM A. M.

Noch ist es nicht zu spät!

Seid einig! Arbeiter und Arbeiterinnen! In euren Händen liegt die Macht!

Am 6. November siegte die deutsche Arbeiterschaft über alle ihre Gegner — wäre sie nur einig!

Fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte sind einig, sie stehen geschlossen mitten im harten

Kampf um den neuen Reichstag,

weil sie damit zugleich um die

Erhaltung der demokratischen Republik um Freiheit, Frieden, Arbeit und Brot für alle ringen. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften in der Ueberzeugung, daß sie damit

die Lebensgrundlagen der gesamten deutschen Arbeiterklasse

verteidigen. Der Sieg in diesem heroischen Kampfe wäre einer geeinten Arbeiterschaft sicher. Er wird von den Gewerkschaften gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt

- für eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit,
- für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung,
- für die bessere Versorgung der Arbeitslosen,
- für die Beseitigung der egoistischen Profitwirtschaft,
- für die Verwirklichung des Sozialismus.

Der Kampf, den die Gewerkschaften jetzt zu führen haben um Lohn und Brot, um den Wiederaufbau einer zusammengebrochenen Wirtschaft,

dieser Kampf ist euer Kampf!

Die Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch aus schwerster Unterdrückung und Abhängigkeit herausgeführt und sie zu einer Macht zusammengeschlossen, die heute nicht mehr mit den Mitteln politischer Zwangsmaßnahmen zu überwinden ist.

Seid euch mit uns dieser Macht bewußt!

Im Kampf um eine bessere Gegenwart und Zukunft ist die unverbrüchliche Solidarität der Arbeiterklasse, der Geist der Kameradschaft erste Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Diesen Geist der Solidarität pflegen die Gewerkschaften, er allein hat der Arbeiterschaft reiche Früchte getragen.

Nichts ist den Arbeitern umsonst in den Schoß gefallen.

Alles haben die organisierten Arbeiter unter schwersten Opfern böswilligen Gegnern abtrotzen müssen.

Den staatlichen Schutz für Kranke, Invaliden und für Arbeitslose haben sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Galt nicht jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Prämie auf die Faulheit“? Wer ist es, der jetzt wieder die Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt? Wer kürzt alle Renten und Löhne zugleich, wer beseitigt den „Wohlfahrtsstaat“? Es sind dieselben Reaktionen wie früher, vielfach nur in neuem Gewande! Kommen sie endgültig an die Macht, dann steigt das Elend der Arbeiter weiter an, die Willkürherrschaft in den Betrieben und Verwaltungen feiert neue Triumphe. Deshalb laßt euch nicht durch verlogene Angriffe gegen die Gewerkschaften irre machen.

Noch in den Jahren 1930-1931 standen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 298 gewerkschaftlichen Kämpfen und in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten kam es zum Streik.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 28 Gewerkschaften hatten Ende 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen.

Vor vier Jahrzehnten haben sich die Gewerkschaften zusammengeschlossen und in diesen 40 Jahren haben sie (ohne Inflationsjahre)

vereinnahmt	4 575 378 437	Mark
verausgabte	3 705 321 447	Mark
davon allein	864 650 450	Mark für Streiks,
	251 482 297	Mark für Bildungszwecke

Unzähligen Arbeitern ist in Zeiten der Not, der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität auf diese Weise geholfen worden.

Der Widerstand der Gewerkschaften

gegen politische Bevormundung und gegen wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter soll gebrochen werden. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl, sich dem wirtschaftlich Stärkeren hilflos anzuliefern und zu unterwerfen.

Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen es den Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere in den öffentlichen Betrieben

und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft bei Strafe sofortiger Entlassung unterlag, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen.

Die deutschen Gewerkschaften haben das freie Vereinigungsrecht unter schwereren Opfern für alle ertrug.

Gestützt auf dieses Recht haben die Gewerkschaften die Wirtschaftslage der Arbeiter in Lohnkämpfen fortgesetzt verbessert. Prüft selbst die Zahlen aus der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverfängerung	
	für Personen	Reichsmark pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	412 331	2,08	183 658	3 ³ / ₄
1910	827 627	2,20	244 570	2 ¹ / ₄
1918	915 972	2,21	324 794	2 ¹ / ₄
1918	2 064 924	8,82	524 485	4 ³ / ₄
1924	3 351 040	3,02	178 634	4 ¹ / ₄
1928	2 073 164	2,82	8 6 363	2 ¹ / ₂
1930	1 475 021	1,72	103 049	2 ¹ / ₄

Wieviele Arbeiter hatten bis 1918 Anspruch auf Ferien? Bis Ende 1930 war es den Gewerkschaften gelungen, für 9,5 Millionen Arbeiter und Angestellte den Ferienanspruch tariflich zu sichern.

Die Arbeiterschaft begann durch den Zusammenschluß ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Erfolg spricht aus den

Leistungen der Sozialversicherung (in Millionen Mark):

	1931	1930	1913
Krankenkassen	1618	2010	569
Unfallversicherung	415	429	227
Invalidenversicherung	1522	1475	243
Angestelltenversicherung	263	225	15
Knappschaftsversicherung	222	240	47
All- und Anu	2318	2144	Nichts
	6358	6492	1101

Die Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden betragen 1930 etwa 3302 Millionen Mark, 1913 nur 58,5 Millionen Mark. Dazu kommen für 1931 an Wohlfahrtserversorgerlose und für öffentliche Fürsorge 2000 Millionen, für Kriegsversorgung 1300 Millionen Mark.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeiterschutzes fordern die Gewerkschaften. Allein 1,5 Millionen Unfälle verzeichnet das Jahr 1929, wobei 168 000 Unfälle schwer und 9500 tödlich verliefen. Hier greifen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten ein, sie vertreten durch mehr als 600 Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen kostenlos die Ansprüche aller Mitglieder bis zum Reichsversicherungsamt. Jährlich rollen mehr als 400 000 Prozesse allein vor den Arbeitsgerichten ab, wobei 10 000 ehrenamtliche, von den Gewerkschaften geschulte Arbeitsrichter und Prozeßbevollmächtigte bis zum Reichsarbeitsgericht in Leipzig mitwirken.

Das alles und noch vielmehr steht für die gesamte Arbeiterklasse auf dem Spiele.

wenn eine autoritäre Regierung weiter in der Macht bleibt und diese Autoritäten, d. h. der Machtwille von den Unternehmern im Betriebe ausgeübt wird. Hunderttausende Betriebsräte hätten ihre Rolle als gesetzliche Anwälte der Belegschaften ausgespielt.

Nicht RGO. oder Nazibetriebszellen

können helfen, sondern einzig und allein starke Gewerkschaften, die im Reichstag ihre Vertreter finden durch die Sozialdemokratische Partei!

Diese Hilfe haben die Arbeiter sich selbst geleistet.

Millionen Unorganisierte wissen nichts von dieser gewaltigen Selbsthilfeorganisation der deutschen Arbeiterklasse.

Diese Millionen werden in der gegenwärtig schweren Notzeit zu Totengräbern an ihrer Klasse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet Mitkämpfer! Reiht euch ein in die Front der Mitstreiter gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus.

Starke Gewerkschaften brauchen wir zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.

Nur über Einigkeit und Solidarität führt der Weg zur Freiheit, zu Arbeit und Brot.

Es gibt nur eine Liste, für die ein politisch unterrichteter Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellter oder Beamter — kämpfen und stimmen kann:

Liste 2 Sozialdemokraten!

Werkfätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

GESAMTVERBAND

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

Wir zahlten 1931 über 12 Millionen Mark an Gesamtunterstützungen

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin

N 24, Johannisstraße 14-15 . Sammelruf: D 1 Norden 6361

TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure, Techniker, Kunstgewerbler

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtsschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der freien Gewerkschaft aller Techniker, dem

Bund der technischen Angestellten und Beamten
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

**BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN, A.
BERLIN**

Zentrale: S 14,
Märkisches Ufer 32
Wallstraße 62, 65

Depositenkasse:
SW 68, Lindenstraße 3



Im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, zusammengeschlossen, weil sie wissen, daß nur diese Organisation ihre Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

eines jeden Eisenbahners und um die sozialen Einrichtungen. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

Einheitsorganisation der Eisenbahner

SCHICKSAL MASCHINE

10) ROMAN VON
STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Dah Sie, lieber Weltin, so entgegen werden, sag in meiner Erwartung. Ich will offen sagen, dah ich an Ihrer Stelle vermutlich auch nicht anders spräche. Wir sind eben Kaufleute, und es ist unser Schicksal, die Dinge ganz real zu nehmen, eine Situation auszunutzen, unbekümmert um ihre Folgen. Aber ich erlaube mir die Frage, ob auch den Herrn Geheimrat diese Folgen so gleichgültig lassen?“

„Ich bin kein Kaufmann“, sagte Crufius, „ich verstehe vielleicht nicht viel von diesen Dingen. Der Zweck meiner Erfindung ist nicht der, dah irgendein Kaufmann daran Geld verdienen soll. Verdient er es dennoch, so liegt das nicht an uns, sondern an den Verhältnissen, unter denen wir leben. Wir erfinden letzten Endes, damit es dem Menschen besser gehe, damit er leichter, müheloser, lustvoller lebe. Wenn eine Erfindung heute die Wirkung hat, dah sie Menschen arbeitslos macht, so ist das nicht Schuld der Technik, sondern schuld daran sind unsere Verhältnisse, die Gesellschaftsordnung, in der wir leben.“

„Wir leben aber in dieser Ordnung, Herr Geheimrat“, rief der Syndikus. „Sie sind Techniker. Techniker sind Praktiker und Geschäftsleute. Stellen Sie sich doch auf den Boden der Wirklichkeit!“

„Eingigermaßen kann ich das auch von mir behaupten“, sagte Crufius lächelnd, „das beweist meine Mitarbeit an den Werken meines Freundes Weltin!“

„Aber ist es denn notwendig, dah dadurch eine Reihe von Fabriken dem Ruin, tausende von Menschen dem Hunger in die Arme getrieben werden?“ sprach der Syndikus und ließ im Zimmer auf und ab. Crufius blickte den aufgeregten Menschen lächelnd an. Dies genügte. Der Anwalt murmelte eine Entschuldigung, trank Wasser in großen Zügen und nahm sitzlam wieder seinen Platz ein.

„Sie läßt das Schicksal der Menschen, die der nackten Not gegenüberstehen sollen, also ganz kalt, Herr Professor“, begann nochmals der Syndikus, suchte in seiner Rocktasche und förderte einen Beistift zutage, mit dem er auf den Tisch klopfte.

„Ich bin wohl kaum dafür verantwortlich zu machen“, sagte Crufius leise.

„Wer denn?“ Dem temperamentvollen Anwalt fiel es schwer, Haltung zu bewahren: „Wer denn, wenn nicht Sie? Es liegt doch an Ihnen, Ihre Erfindung der Allgemeinheit zu übergeben!“

„Ich weiß nicht, ob das so ganz in Ihrem Interesse gelegen wäre, Herr Doktor! Lassen Sie uns überlegen. Uebergebe ich heute meine Erfindung der Allgemeinheit, es entstünde ein Chaos ohne Gleichen, jeder würde sie ausnützen, und letzten Endes hätten Sie recht sehr darunter zu leiden. Und was täten Sie, wenn ich Ihnen meine Erfindung anbiete? Sie würden sie sofort ausnützen, Arbeiter entlassen und die Allgemeinheit hätte versucht wenig davon. Stimme ich aber Ihrem Plan der Austerität des Bedarfs zu, so hieße das, das Endprodukt auf einer Preisshöhe zu halten, die durch meine Erfindung nicht mehr nötig ist. Es wäre also ein Schlag gegen meine Erfindung. Und wenn jemand an meiner Erfindung profitieren soll, so ist es mir schon lieber, mein Freund und ich besorgen das, als Sie!“

„Sie sind ja allerdings eminent praktisch, Herr Professor! Ich dachte immer, so ein Genie sei menschenfreundlich!“ sagte verbindlich der Generaldirektor Ahler.

„Es ist die Frage, was Sie darunter verstehen, mein Herr“, erwiderte Crufius. „Auch das Genie lebt in der heutigen Zeit. Der Dichter, der Maler, der Bildhauer — alle schenken ihr Werk lieber, als dah sie den Markt ausfluchen müssen. Aber wir leben in der heutigen Zeit und wir passen uns doch nur euren kaufmännischen Grundfäden an. Ihr wollt durch Handel, Spekulation, durch die Tatsache, dah andere Menschen ihre Arbeitskraft auch billig verkaufen, Geld verdienen und, wenn nun ein Künstler, ein Gelehrter, ein Wissenschaftler das gleiche durch eigene Arbeit versucht, dann ruft ihr: „Das sind Gaben des Heistes! Die habt ihr zu verschlechten! Ihr habt Wohlthäter der Menschheit zu sein“ — Ja, meine Herren, so ist es in Wirklichkeit.“

„Ich will nicht in Worte stellen, dah wir Durchschnittsmenschen so denken“, sagte Ahler. „Wir müssen mit unserem Bunde wuchern. Aber ein Genie hat Verpflichtungen! Kann denn ein Genie etwas dafür, dah es eines ist? Ist Begabung ein Verdienst? Der eine hat sie bekommen als ein Geschenk der

Natur, mitbekommen von einer Vorsehung, die nur Auserwählte beschenkt und die anderen um so mehr benachteiligt. Der Mensch ist ein Gefäß, Herr Geheimrat, in Sie sind Genie und ungewöhnliche Gaben gegossen worden, in mich nicht mehr als ein wenig Verstand. Kann ich für mich, können Sie für sich? Und da in Ihnen mehr ist als in uns, so haben Sie auch größere Verpflichtungen uns gegenüber — so denke ich!“

„Oder ins Deutsche überetzt“, fiel Weltin ein, „weil du ein Genie bist, will er deine Erfindung umsonst. Aber ich denke, meine

Gerda Backhaus:

Areck ist wieder enttäuscht

Wir veröffentlichen gerne diese Arbeit der 17jährigen Genossin von der SAJ. Gerda Backhaus, deren mutige Kritik an „Gilgi, eine von uns“ wohl noch in Erinnerung ist. Mag die Skizze in ihrer Haltung auch noch die Jugendlichkeit der Verfasserin zeigen, so verrät sie doch Keime eines starken Talents.

Areck war groß und schmal und blaß. Viele Frauen, die ihn sahen, fanden ihn unheimlich, andere flüsternten sich zu, er sei ein hochinteressanter Mann. Areck selbst wußte nichts davon. Er haßte die Welt, die Menschen darauf am meisten. Areck hatte immer werte, strähnige Haare, einen leicht gebeugten Rücken, kalte, stehende Augen.

Vor sechs Jahren war er ein anderer gewesen, vielleicht schon anders als seine Freunde und Be-

herren, dah hiervon keine Rede sein kann.“ „Sie lehnen also unsere Vorschläge ab?“ „Ja, Herr Generaldirektor.“

Die Herren erhoben sich. Der Syndikus stürzte, kaum einen Gruß hervorprudelnd, zur Tür, ihm folgte, um Entschuldigung für das Benehmen seines Begleiters bittend, verbindlich lächelnd Generaldirektor Ahler.

Als sie wieder allein waren, sagte Crufius leise, als spräche er für sich selbst: „Ich weiß nicht, ob wir recht getan haben, Weltin. Der Mensch ist ein Gefäß — eigentlich sollte man so leben, dah man immer ein reines Gefäß bleibt. Handle ich schlecht? ... Da kommt ein einfacher Mensch, keineswegs ein Denker, und spricht eine tiefe Erkenntnis aus — wie geht das zu? Sollten wir nicht wirklich auf alles verzichten, und ohne zu überlegen, das verschlechten, was uns geschenkt wurde?“

2.

Dienstag, der neunzehnte April, war ein schwerer Tag im Leben des Herrn Weltin. Wenn man es genauer betrachtet, war er eigentlich nur die Ankündigung, die Ahnung

eines noch schwereren Tages. Schon des Morgens nahm Weltin eine seltsame, nie vorher verspürte Unruhe an sich wahr. Er trank seinen Frühstückskaffee im Umhergehen, die Zeitung sah er mehr als flüchtig durch, kaum dah er die Börsenkurse mit einem Blick überflog, die Zigarette warf er, nur zur Hälfte geraucht, fort. In der Fabrik war er mühsam, unwirksam. Lechner, der mit der eingelassenen Post wartete, wurde in wenigen Minuten abgefertigt und der Morgengang mit Hanau durch die Arbeitsräume war fast unerträglich. Er befah weder Rohwaren noch Fertigfabrikat, er hatte kein Wort für Werksführer und Meister, es war ein pflichtschuldiger Besuch, der in einem Tempo absolviert wurde, dah der junge Ingenieur kaum Schritt halten konnte. Nur in der Juridiktur blieb er ein wenig stehen.

„Hier hat doch einmal ein Arbeiter gestanden — wie hieß er nur? — der vierzehn Jahre bei mir in Diensten stand und gegen meinen Willen zur Zeit, als es uns schlecht ging, abgebaut wurde. Warum ist der Mann nicht wieder eingestellt worden?“ (Fortsetzung folgt.)

RM. 400.- Bargeld und wertvolle Preise

sind für die Leserinnen des „Vorwärts“ durch die Teilnahme an dem Preisausschreiben über den Roman „Gilgi, eine von uns“ zu gewinnen.

Verlangt werden für den Wettbewerb kleine literarische Beiträge, Niederschriften und knappe Skizzen, deren Thema frei gewählt werden kann. Ein Lebensabriß, ein Bürotag, eine besonders typische oder bedeutsame Szene aus Leben und Beruf, und auch Erlebnisse außerhalb des Arbeitsbereichs sollen kurz geschildert werden. Glaubt jemand ein besonders abenteuerliches oder die Not der Zeit kennzeichnendes Lebensschicksal hinter sich zu haben — das gilt besonders für die zahlreichen Opfer der Wirtschaftskrise —, so ist auch dessen Beschreibung willkommen. Die Einsendungen müssen bis zum 1. Dezember 1932 beim Verlag „Vorwärts“, SW 68, Lindenstr. 3, eingegangen und mit dem deutlichen Kennwort „Gilgi“ versehen sein. Neue Abonnentinnen erhalten auf Verlangen kostenlos den Abdruck der Bedingungen für die Beteiligung an dem Wettbewerb.

Liste der ausgesetzten Preise:

1. 1 Barpreis 350 RM.
 2. 1 Modernes Original Nora-Radio-Empfangsgerät, Wert 265 RM.
 3. 1 Mercedes-Kleinschreibmaschine, Wert 240 RM.
 4. 1 Lindcar-Damenfahrrad, Wert 65 RM.
 5. 1 Sparbuch der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. mit einer Einlage von 50 RM.
- Ferner zehn Preise im Werte von 5 bis 35 RM.

kannnten, er stellte stets größere Ansprüche an das Leben, aber damals glaubte er noch an Freundschaft und Liebe. Gerade deshalb, weil er das Leben anders sah, wurde er größer und tiefer enttäuscht. Areck mußte zweimal erkennen, dah es keine Freundschaft gab, und dreimal wurde er von Frauen betrogen. Dann sagte er der Welt Adieu.

Soweit es möglich war, lebte Areck für sich allein. Er sprach nur die notwendigsten Worte, und dann war seine Stimme heiser und leise, er hatte das Sprechen verlernt. Seine ganze Liebe gehörte Muz, einem Hunde. Muz war nicht schön, vielleicht war sogar eine Ähnlichkeit zwischen Areck und dem Tiere da, Muz hatte auch ein zottiges, ungepflegtes Fell, und Muz haßte alle Tiere, besonders aber andere Hunde. Wenn sich einmal ein Hund an Muz heranschlich, es kam selten vor, denn auch Hunde haben Stolz, dann keifste er die Zähne und seine Augen wurden falsch und tödlich. Wenn einmal ein Fremder Areck ansprach, dann suchte es häßlich um seinen Mund und seine Augen blickten noch kälter und abweisender. ... Areck und Muz, wie pflüchten die beiden zueinander und wie liebten sie sich!

Areck konnte für seinen Hund nicht sorgen, er hatte selbst kaum etwas zum Essen. Es war daher selbstverständlich, dah Muz sich sein Futter selbst

verschaffen ging. Muz stahl mit großer Schlaueit anderen Hundes Knochen und verteidigte seinen Raub verbissen und haherfüllt. Auf Marktplätzen schlich er zwischen den Ständen herum und verstand, seinen Ragen zu füllen; er konnte Unmengen orteilgen, dann aber auch tagelang wieder hungern. Oft blieb er zwei bis drei Tage fort, und wenn er dann zu Areck kam, fuhr ihm dieser durch das struppige, schmutzige Fell und sagte heiser und hart: „Re Muz, da bist du ja wieder! Und Muz legte die Ohren zurück, klopfte mit dem Schwanz auf die Erde, und seine Augen blickten für einen Moment häßlich.“

Muz war schon vier Tage fort. Areck ging auf die Suche nach seinem Hund. Das hatte er noch nie getan. Muz war nie

Bergweiser, ohne Denken, ohne Wollen. Jetzt stand er da und zog sich an. Dann ging er nach Hause, nach arm, haherfüllt gegen die Welt, gegen sich, gegen das Leben.

Zwei Tage später fand man ihn tot auf. Er hatte sich erlötet.

Und Muz hatte man erschossen.

Walter Dehmel:

Das Volk will - - -

Du Volk, umbrandet vom Strudel der Zeit, von der Welle der Not umspült, du Volk, das die Last der Vergangenheit auf deinen Schultern gefühlt, du Volk, das standhiet dem Hungertod, dem Krieg und seinen Gefahren, — merk auf, eine neue Knechtschaft droht und naht sich mit frechem Gebaren! Die Junker wollen dich knebeln wie einst, deine Rechte dir wieder rauben. Sie fragen nicht, was du denkst und meinst, du sollst nur gehorchen und glauben. In deinem Namen, so sagen sie dreist, sind sie befugt, jetzt zu handeln, in Fesseln zu schlagen den freien Geist, die Staatsform umzuwandeln. In deinem Namen? Volk, spürst du den Hohn, den sie zur Anmaßung fügen? So sicher fühlen die Herren sich schon, dah sie dich lächelnd betrügen. Du Volk, das den Kelch bis zur Neige geleert, das den Mut fand zu neuem Beginnen, sprich aus das Wort, das das Netz zerstört, das sie wieder um dich spinnen! Sage es laut, dah es dröhnt und schallt, dah sie bebend vom Platze rennen: „Das Volk will keine Herrengewalt, keinen neuen Zwang anerkennen! Das Volk will sein schwer erkämpftes Recht, es will keine neuen Ketten! Es will keinen Herrn, es will keinen Knecht, es will sich selber erretten! Das Volk will nicht Prinzen, nicht Potentaten, es will kein feudales Aufgebot! Das Volk will selbst entscheiden, beraten! Das deutsche Volk will

Freiheit, Arbeit, Brot!“

Leibniz behält nicht Recht

Leibniz sagte: „Unser Jahrhundert (es war das achtzehnte und nicht das zwanzigste) kommt mir vor, wie ein Mensch, der einen großen Ueberfluß von Baumaterialien zusammenschleppt und das Gebäude seinen Nachfahren zu vollenden überläßt, während er selbst sein ganzes Leben unter freiem Himmel hinbringt.“ M. M.

Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weissen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Arbeit durch Sowjetdeutschland?

Kämpft mit uns für Freiheit, Arbeit und Volksrechte!

Die Sozialdemokratie hat jede böswillige Kritik Sowjetrusslands immer abgelehnt und bekämpft. Die Sozialistische Internationale hat sich an die Spitze der Abwehr von Interventionen gegen Sowjetrussland gestellt. Wo von Russland zu lernen ist, muß es im Interesse der Arbeiterschaft geschehen.

Aber wir verwahren uns gegen die kreführenden Behauptungen der Kommunisten, daß ein Sowjetdeutschland mit sowjetrussischen Methoden die deutsche Arbeiterschaft aus ihrem Elend befreien kann.

Die Wirtschaftsankurbelung durch die Regierung der Barone hat jetzt schon Fiasko gemacht. Für die organisierte Arbeiterschaft ist das keine Ueberraschung. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben rechtzeitig und richtig gesagt, daß nur großzügige öffentliche Arbeitsprogramme neue Arbeit schaffen können, und daß Papens Steuererlässe von den Unternehmern einfach als Kaufpreismittel eingesetzt werden. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben selbst großzügige und finanziell auch heute noch durchführbare Programme im Reichstag beantragt. Sie haben ein sozialistisches Umbauprogramm als nächstes Kampziel aufgestellt, mit dessen Durchführung der Wiederaufbau des sinnlosen kapitalistischen Krisenelends ein für alle Mal begegnet werden soll.

Wo ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm, wo ist das Umbauprogramm, wo sind die praktischen Kampfsätze der Kommunisten? Die Kommunisten wissen nichts vorzuschlagen, sie tun nichts, sie haben nur die Parole „Sowjetdeutschland“ und führen mit dieser Parole die Arbeiter und Erwerbslosen in die Irre.

Die Kommunisten behaupten, Sowjetrussland allein kurbelt die deutsche Wirtschaft an. Sie verweisen auf die 200 Millionen Mark, die Deutschland nach Russland mehr einführt als Russland nach Deutschland. Haben damit die deutschen Kommunisten für die deutschen Arbeiter etwas getan? Hätten die deutschen Kommunisten für die deutschen Arbeiter nicht viel mehr getan, wenn sie mit der Sozialdemokratie für die Abwehr des Lohn- und Unterdrückungsraubs in Deutschland, für ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm und für positiven sozialistischen Umbau in Deutschland gekämpft hätten?

Durch die Schuld der Kommunisten sind die Müller-Löhne zu Papen-Löhnen geworden.

Der Phantasieparole „Sowjetdeutschland“ zuliebe haben die Kommunisten, zusammen mit den Nazis, die politische und gewerkschaftliche Abwehr des Lohnabbaus und des Unterdrückungsraubs lahmgelegt, indem sie den Reichstag lahmlegten. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands gegenüber Russland, an dem die deutschen Kommunisten nicht das geringste Verdienst haben, hat vielleicht 50 000 deutschen Arbeitern das Brot erhalten. Die Parole „Sowjetdeutschland“ hat aber, weil mit ihr die Einheitsfront der Abwehr des Lohnabbaus praktisch zerlegt wurde, Millionen deutschen Arbeitern das Brot und die Arbeit gekostet, denn der Lohnabbau seit Hermann Müller war der ungeheuerste und unsinnigste Kaufkraftmord, den es je gegeben hat, und hätte größtenteils verhindert werden können. Die Kommunisten aber hatten Wichtiges zu tun: sie mußten Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Sozialverräter denunzieren und ihre Kampfkraft schwächen.

Wenn die Kommunisten für Deutschland aber weder öffentliche Arbeitsbeschaffung noch ein sozialistisches Umbauprogramm für nötig halten,

Besserer Kohlenabsatz

6000 Bergarbeiter wieder eingestellt

Der Bergbauverein in Essen hält die Besserung im Ruhrbergbau für mehr als eine nur saisonmäßige Belebung. In einer Mitteilung dieses Verbandes heißt es, daß seit Mitte September mehr als 6000 Bergarbeiter neu eingestellt wurden.

Die Besserung hat nach dieser Erklärung bis in die letzte Zeit angehalten und für den Monat Oktober erreicht der Gesamtabsatz des Kohlenhandels 178 000 gegen 159 000 Tonnen im Monat September. Bemerkenswert ist, daß die Besserung des Absatzes sich überwiegend auf den Inlandsmarkt erstreckt, was dadurch in Erscheinung tritt, daß im unbesetzten Gebiet der arbeitstägliche Absatz im vergangenen Monat 87 000 Tonnen erreicht hat, während er im September nur 76 000 Tonnen betrug. Neben den Neueinstellungen war es auch möglich, die arbeitstäglichen Feiertagsabfälle bis auf etwa 17 000 gegen durchschnittlich 33 000 bis 35 000 im Sommer zu ermäßigen.

so bleibt nur das russische Beispiel für Deutschland.

Wie aber soll durch das russische Beispiel den 6 Millionen deutschen Arbeitlosen Brot gegeben werden, wenn die ganze riesige Industrie, die Russland erst aufbaut, in Deutschland schon längst vorhanden ist?

Und wollen die Kommunisten zum deutschen Krisenelend den noch viel größeren Hunger der Arbeiter in Sowjetdeutschland hinzufügen?

Die Kommunisten jagen den deutschen Arbeitern über Sowjetrussland ja niemals die Wahrheit!

Die Kommunisten erzählen den deutschen Arbeitern, daß in Sowjetrussland von 1928 bis 1931 die Löhne um 40 Proz. erhöht worden sind. Die Kommunisten verschweigen aber, daß die Lebenshaltungskosten in der gleichen Zeit um 150 bis 200 Proz. für die russischen Arbeiter gestiegen sind. Der reale Lohnraub in Russland durch die Preissteigerung ist so groß, daß die Sowjetregierung die Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten seit über einem Jahre eingestellt hat. Im Jahre 1931 sollten die Löhne um 6 Proz., im Jahre 1932 um 11 Proz. erhöht werden. Am 1. Februar 1932 aber wurden die wichtigsten Preise für

die russischen Arbeiter, selbst für die Fabrikbrot, um 25 bis 200 Proz. heraufgesetzt!

Warum verschweigen die Kommunisten die Tatsache, daß auch jetzt in Moskau, der Hauptstadt, die Arbeiterfrauen um Brot, Gemüse, Fleisch, Milch Schlange stehen müssen. Der russische Arbeiter durchlebt gerade jetzt die Hölle der Inflation, weil der russische Industriesaufbau nur noch mit gedruckten Papierrubeln durchgeführt werden kann. Der amerikanische Dollar, der früher genau zwei Sowjetgoldrubel kostete, wird heute in Moskau mit 30 Sowjetrubeln bezahlt. Warum wird das alles den deutschen Arbeitern verschwiegen?

Warum werden die deutschen Arbeiter mit der Phantasieparole „Sowjetdeutschland“ irreführt, während noch nie in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft nützliche Tatsachenaufklärung und die Zusammenfassung aller Klassenkräfte zur Erhaltung des nackten Lebens und der primitivsten Staatsbürgerrechte so notwendig waren wie jetzt?

Morgen wird die deutsche Arbeiterschaft entscheiden, wem sie die Wahrung ihrer Lebensinteressen anvertraut. Es ist wahrscheinlich, daß durch die völlig lebensfremde und in Wahrheit klassenfeindliche Einstellung der Kommunisten

Nationale Mißwirtschaft

Wer hat die Schuld in der BVG.?

Das Personal der BVG. hat jetzt am eigenen Leibe die Erfahrung machen können, von welcher Bedeutung für ihre Interessen es ist, wenn Sozialdemokraten einen bestimmenden Einfluß in der Leitung eines öffentlichen Unternehmens haben. Die Belegschaft der BVG. kann rückblickend vergleichen,

wie in der BVG. verhandelt wurde, als der Vorsitzende des Aufsichtsrats noch der Sozialdemokrat Reuter und der Personalchef im Vorstand der Sozialdemokrat Brolat waren.

heute ist das gesamte Direktorium wieder stramm „national“. Das hindert freilich die „nationale“ Presse schwarzweißer und brauner Couleur nicht in trauter Uebereinstimmung mit der kommunistischen Presse über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in der BVG. zu schimpfen. In einer Polemik gegen den „Angriff“ schreibt die „Nachttausgabe“ Hugentbergs u. a.:

„Von irgendeiner Unterstützung der sozialdemokratischen Leitung der BVG. durch die „Berliner illustrierte Nachttausgabe“ kann im Gegensatz zu den Behauptungen des „Angriffs“ überhaupt nicht die Rede sein.“

Die Unverschämtheit, die deutschen nationalen Direktoren der BVG. als Sozialdemokraten auszugeben, ist selbst für ein Blatt wie die „Nachttausgabe“ starker Tobak.

Diese „nationale“ Gesellschaft ist so feige, daß sie ihre eigenen Leute — mit denen allerdings nicht viel Staat zu machen ist — verleugnet.

Die Sozialdemokraten stempeln, um sich von der Verantwortung zu drücken. Ueber das Sündenregister der Leitung der BVG. wird noch zu reden sein. Ohne diese Sünden der Leitung der BVG. hätten große Teile des Personals der Agitation der KPD. und der Nazis niemals Gehör gefunden. Die hartnäckige Weigerung, die schon wiederholt und außerordentlich scharf verminderten Löhne wenigstens für vier Monate sicherzustellen, mußte die schon lange zurückgehaltene Empörung des Personals zum Ueberlaufen bringen.

Soeben wird uns eine Verlautbarung der Leitung der BVG. übermittelt, in der in herausfordernder Sprache die Anwendung von Personalengewalt angedroht wird und dem Personal im Befehlsston mitgeteilt wird, es habe sich an den üblichen Dienststellen einzufinden.

Ob Waffengewalt angewendet werden soll ist Sache der Polizei. Eine Ankündigung darüber ist gleichfalls Sache der Polizei. Oder glauben

die deutschen nationalen Direktoren Jangemeister, Quarg, Cüttje

die sprichwörtliche Unbeliebtheit der BVG. durch solche Verlautbarungen an Publikum und Personal zu heben? Für die Wirtschaft dieser Deutschenationalen ist aber nichts bezeichnender als gerade die Tatsache, daß ihre eigenen Parteifreunde sie verleugnen und von „sozialdemokratischer Mißwirtschaft“ reden. Wenn es in der Leitung der BVG. eine Mißwirtschaft gibt, dann ist es eine deutschnationale. Mit

ebenso großer Bestimmtheit kann man auch behaupten, daß es ohne diese ausschließliche „nationale“ Leitung nicht zu dem Streit mit allen seinen Folgen für Publikum und Personal gekommen wäre. Gerade dieser Streit zeigt, wohin die bodenlose Hege gegen unseren Genossen Brolat geführt hat und wessen „nationale“ Betriebsleiter fähig sind.

Stärkt die Einheitsfront!

Zur Delegiertenwahl der Buchdrucker

Die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker am kommenden Montag sind von besonderer Bedeutung, da in diesen Versammlungen die Kandidaten für die Wahl der Delegierten zu den Generalversammlungen für das Jahr 1933 aufgestellt werden. Dank der Tätigkeit unserer Parteigenossen sind im Gau Berlin des Buchdruckerverbandes in den letzten Jahren keine „oppositionellen“ Delegierten in den Bezirken gewählt worden. Nur aus einigen Betrieben wurden Anhänger der „Opposition“ in die Generalversammlungen entsandt. Es war daher möglich, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, die trotz der Schwere der Zeit nicht ohne Erfolg blieb.

Die Kommunisten beschränkten sich in den Generalversammlungen größtenteils darauf, ihre politischen Phrasen an den Mann zu bringen und die freien Gewerkschaften zu verunglimpfen. Das taten die Anhänger derselben Partei, deren Führer sich erst kürzlich dem Polizeipräsidenten gegenüber verpflichteten, sich jeder Angriffe gegen die Papen-Regierung zu enthalten, um den Druck der „Roten Fahne“ in einer anderen Drucker zu ermöglichen. Die große Mehrheit der Berliner Buchdrucker wendet sich gegen die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Kommunisten, die dem Faschismus dient.

Alle Berliner Buchdrucker müssen es deshalb als ihre Pflicht betrachten, die Bezirksversammlungen am Montag zu besuchen. Wer sich für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Einheitsfront gegen Unternehmerrückwärtsentwicklung, stimmt für die Kandidaten der freien Gewerkschaftsrichtung.

Reaktion im Einzelhandel

Ausschaltung der Angestellten

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels e. V., Berlin, verbreitet unter den ihr angeschlossenen Verbänden ein vertrauliches Rundschreiben, in dem sie ihre Pläne zur „Reform der Sozialversicherung“ darlegt.

Die Hauptgemeinschaft will für den Einzelhandel besondere Krankenkassen gründen, die mit den allgemeinen Ortskrankenkassen in der jetzigen Form nichts zu tun haben sollen. Da die Hauptgemeinschaft fürchtet, daß sie mit der Gründung von Zwangskrankenkassen selbst bei dem jetzt im Reichsarbeitsministerium herrschenden

auch diesmal kein Reichstag gewählt wird, der die Waffe der Demokratie gegen die Reaktion zugunsten der Arbeiterklasse nützen kann. Die einzige Waffe der deutschen Arbeiterschaft im Kampf um ihre nackten Lebensinteressen, um neue Arbeit und eine bessere Zukunft, muß aber wieder scharf und schneidig gemacht werden. Darum darf, nachdem „Sowjetdeutschland“ keine brauchbare Parole für Deutschland ist.

Die Arbeiterschaft nur für die Sozialdemokratie stimmen.

Noch Reichsbahndefizit

Trotz Besserung des Verkehrs

Wie alljährlich hat sich auch diesmal im September der Güterverkehr der Reichsbahn verstärkt. Im Vergleich zu dem August war ein Verkehrszuwachs von 7,8 Proz. eingetreten, der etwas höher war als die entsprechende Verkehrsbesserung in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der übliche Rückschlag im Personenverkehr wurde durch den starken Ausflugsverkehr gemildert.

Trotz dieser leichten Belebung weist die Betriebsbilanz aber noch ein Defizit von 27 Millionen Mark auf. Die Einnahmen betragen insgesamt 249,5 und die Ausgaben 276,8 Millionen Mark. Die Einnahmen lagen um 78 Millionen Mark unter dem Stande des September vergangenen Jahres.

Kurs nicht durchkommen wird, schlägt sie die Gründung dezentraler Erfassklassen vor. Träger dieser Erfassklassen sollen die örtlichen Verbände des Einzelhandels sein. In den Organen der Klassen würden also nur Arbeitgebervertreter sitzen. Nur wenn im Reichsarbeitsministerium mit diesen reaktionären Plänen ganz und gar nicht durchzukommen sein würde, wäre die Hauptgemeinschaft bereit, auch den Angestellten eine gewisse Vertretung in den neu zu gründenden Erfassklassen zuzugestehen.

Da es sich um Erfassklassen handelt, würde, rein rechtlich gesehen, kein Angestellter gezwungen sein, der Klasse beizutreten. Mit deutlicher Absicht weist aber die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels in ihrem Rundschreiben darauf hin, daß es durch entsprechende „Verbemahnungen“ in den Betrieben schon gelingen werde, den neu zu gründenden Erfassklassen einen genügenden Mitgliederbestand zuzuführen.

Einzelhandelsangestellte! Wehrt euch gegen diese reaktionären Pläne der Unternehmer. Gebt eure Stimme am 6. November der einzigen Partei, die immer die Rechte der Sozialversicherten vertreten hat. Zeichnet euch ein für die Liste 2!

Hofbäckerei gefährdet

12 Proz. Lohnkürzung

Der Inhaber der Bäckerei Heil forderte vom Schlichter die Ermächtigung, den Tariflohn gemäß § 7 der Rotverordnung um 20 Proz. zu kürzen. Die Firma hat durch „Bessere“ Lokale, die in Konkurs gegangen sind, wie z. B. die „Gourmenia“, Verluste erlitten, in diesem Falle 18 000 M. Die Bäckergesellen sollen das Risiko tragen, obwohl eine derartige „Betriebsgefährdung“ mit der Rotverordnung nichts zu tun hat.

Der Betriebsrat wurde nicht erst gefragt, sondern vollständig ausgeschaltet versucht. Erst dem Eingreifen der Gewerkschaften und der daraufhin erfolgten Anordnung des Schlichters gelang es, die Firma zur Beachtung des Betriebsrats zu veranlassen. Trotzdem hat sie es vermieden, dem Betriebsrat anzugeben, worin ihre Kollage und die Gefährdung ihres Betriebes besteht.

Die Berufung auf die hohen Löhne wurde gegenstandslos durch den von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat geführten Nachweis, daß die prozentuale Lohnquote nicht höher ist als in den Jahren 1929 bis 1931, die für die Firma gute Jahre gewesen sein müssen, da sie in dieser Zeit drei Bäckereibetriebe hinzugekauft hat.

Der Inhaber der „Hof“-Bäckerei vertrat die Auffassung, daß die Existenzverhältnisse der Beschäftigten hinter seine Wirtschaftslage zurücktreten müssen. Der Schlichter, der das auf die Rotverordnung gestützte Verlangen zurückweisen mußte, gestand eine Lohnkürzung von 12 Proz. zu.

Die bei dem „Hof“-Bäckereimeister Beschäftigten lassen sich diese Lohnkürzung ruhig gefallen, da sie von dem Titel ihres Betriebes allein schon satt werden und obendrein auf die Gewerkschaft schimpfen — weil sie verhindert hat, daß ihnen nicht 20 Proz. abgezogen werden?

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark nimmt weiter zu. Sie stieg in der letzten Woche um 2649 und hat die bisher höchste Zahl von 131 065 erreicht.

Sierzu 2 Beilagen